



Protokoll

5. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 1. November 2007

10.00–12.10 / 14.00 – 16.55 Uhr

Abwesend Vormittag:

Fankhauser Pia, Fuchs Beatrice, Giger Andreas, Jourdan Thomi, Mangold Christine, Martin Sarah, Rohrbach Paul, Ruffi Werner, Simonet Jacqueline und Stohler Myrta

Abwesend Nachmittag:

Fankhauser Pia, Giger Andreas, Jourdan Thomi, Martin Sarah, Rohrbach Paul, Ruffi Werner, Simonet Jacqueline und Stohler Myrta

Kanzlei

Mundschein Walter

Protokoll:

Maurer Andrea, Klee Alex, Andres Pascal und Laube Brigitta

Index

Mitteilungen, Traktandenliste	123
Persönliche Vorstösse	135
Überweisungen	137

Traktanden

GRUNDSATZDEBATTE mit Grundsaterklärungen des Regierungsrates, der Fraktionen und allfälliger Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher

123

1 2007/071

Interpellation von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: 2000-Watt Gesellschaft – konkrete Schritte in unserem Kanton. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2007 erledigt

137

2 2007/061

Motion von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich überwiesen

138

3 2007/067

Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Erarbeitung einer kantonalen Energieeffizienz-Strategie überwiesen

140

4 2007/062

Motion von Karl Willimann vom 22. März 2007: Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Baugesetz verankern überwiesen

140

5 2007/060

Motion der SP-Fraktion vom 22. März 2007: Gebäudepass – Die Energieetikette fürs Haus als Postulat überwiesen

141

6 2007/070

Postulat von Agathe Schuler vom 22. März 2007: Gebäude-Energieausweis überwiesen

142

7 2007/090

Postulat der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Unterstützung von Massnahmen im Gebäudebereich überwiesen

142

8 2007/226

Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie/Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben überwiesen

142

9 2007/065

Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Gaspreis für Wärme-Kraft-Koppelung überwiesen

143

10 2007/098

Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Wirtschaftliche Auswirkungen von höheren Energiepreisen. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2007 erledigt

144

11 2007/066

Postulat von Pia Fankhauser vom 22. März 2007: Energieberatung statt Verbote überwiesen und abgeschrieben

144

12 2007/145

Motion von Christoph Frommherz vom 14. Juni 2007: Beteiligung von Schulen am Erfolg von Energiesparmassnahmen als Postulat überwiesen

144

13 2006/252

Interpellation von Paul Jordi vom 19. Oktober 2006: Sonnenkollektoren in der Gemeinde Blauen. Schriftliche Antwort vom 3. April 2007 erledigt

146

14 2006/246

Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen! überwiesen

146

15 2007/063

Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern überwiesen

148

16 2007/229

Motion von Klaus Kirchmayr vom 20. September 2007: Impulsprogramm Photovoltaik abgelehnt

149

17 2007/096

Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Biotreibstoff: Ethisch vertretbarer Klimaretter oder ökologischer Unsinn?. Schriftliche Antwort vom 5. Juni 2007 erledigt

150

18 2007/097

Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Holzvergassungsanlagen. Schriftliche Antwort vom 29. Mai 2007 erledigt

150

19 2007/102

Postulat von Siro Imber vom 3. Mai 2007: Wärmeerzeugung: Eigenständiges Baselbiet überwiesen

150

20 2007/198

Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft überwiesen

150

21 2007/076

Parlamentarische Initiative der SP-Fraktion vom 22. März 2007: Förderabgabe auf dem Strombezug überwiesen an UEK

152

Nicht behandelte Traktanden

22 2007/099

Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Energiekonzept gemäss Kantonsverfassung. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2007

23 2007/138

Interpellation von Madeleine Göschke vom 7. Juni 2007: Hält sich die Regierung bei AKW-Fragen an die Verfassung?. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2007

24 2007/084

Motion von Patrick Schäfli vom 19. April 2007: Verfassungsänderung: Änderung von Paragraph 115 in der Baslerbieter Kantonsverfassung: Streichung des Anti-Kernenergieparagraphen verlangt!

Nr. 132

Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsidentin **Esther Maag** (Grüne) begrüsst die Landrätinnen und Landräte, die Mitglieder des Regierungsrates, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie die Gäste auf der Tribüne, speziell die alt Landrätinnen und alt Landräte, Grossräte und Mitglieder der Verwaltung herzlich zur heutigen Energie-debatte.

Die Landrätinnen und Landräte finden auf ihren Plätzen eine *Beitrittserklärung zur Parlamentarischen Gruppe Sport*, welche sich neu wie folgt zusammensetzt: Präsident Simon Trinkler, Vorstandsmitglieder Martin Rüegg, Dominik Straumann, Kathrin Amacker und Daniela Schneeberger. Wer dieser Gruppe beitreten möchte, kann die Anmeldung heute direkt bei Simon Trinkler abgeben.

Entschuldigungen

Vormittag: Fankhauser Pia, Fuchs Beatrice, Giger Andreas, Jourdan Thomi, Mangold Christine, Martin Sarah, Rohrbach Paul, Ruffi Werner, Simonet Jacqueline und Stohler Myrta

Nachmittag: Fankhauser Pia, Giger Andreas, Jourdan Thomi, Martin Sarah, Rohrbach Paul, Ruffi Werner, Simonet Jacqueline und Stohler Myrta
RR Wüthrich Urs

://: An Stelle der abwesenden Jacqueline Simonet (CVP) nimmt Rita Bachmann (CVP) Einsitz im Büro des Landrates, Beatrice Fuchs (SP) wird heute durch Thomas Bühler (SP) ersetzt.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 133

Zur Traktandenliste

keine Wortbegehren

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Nr. 134

GRUNDSATZDEBATTE mit Grundsatz-erklärungen des Regierungsrates, der Fraktionen und allfälliger Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher

Regierungsrat **Jörg Krähenbühl** (SVP) berichtet, die Regierung sowie die Bau- und Umweltschutzdirektion hätten sich intensiv mit dem Entwurf für eine kantonale Energiestrategie auseinandergesetzt. Im Rahmen der heutigen Debatte werden diverse parlamentarische Vorstösse behandelt und diese je nach Resultat in die vorgeschlagene Energiestrategie einfließen. So sollte im Verlauf der aktuellen Legislatur 2007 bis 2011 eine kantonale Energiestrategie verabschiedet werden können. Jörg Krähenbühl erwartet heute eine engagierte, aber sachliche Diskussion.

Der Kanton Basel-Landschaft sei in den nächsten Jahren unter anderem zu einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Die Zukunftsverantwortung soll durch eine ausgewogene Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der ökologischen Verantwortung und der gesellschaftlichen Solidarität unter Einbezug aller politischen Bereiche wahrgenommen werden. Dies bedeutet, dass die nachhaltige Entwicklung in die bestehenden Planungs- und Steuerungsprozesse des Regierungsrates, der Direktionen und Dienststellen integriert werden soll.

Im Bereich Energiepolitik steht die Erarbeitung und Umsetzung einer kantonalen Energie- und Klimaschutzstrategie im Mittelpunkt. Diese Strategie liegt im Entwurf vor und wurde von der Regierung bereits als Grundlagenpapier verabschiedet. Nach der heutigen Debatte werden aber sicherlich noch Änderungen vorgenommen.

Der Klimawandel wird bekanntlich teilweise durch den Ausstoss von CO₂ aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe verursacht. Somit besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und der Energiepolitik. Nicht nur die Reduktion von CO₂ jedoch stellt eine grosse Herausforderung dar, sondern auch die Anpassung an die und die Bewältigung der Folgen der bereits eingetretenen Klimaveränderungen auch in unserer Region. Die heutigen Massnahmen zum Schutz vor Naturkatastrophen müssen an die neuen Risiken angepasst werden. Ebenso gilt es, Naturkatastrophen zu bewältigen. Neben der eigentlichen Katastrophenbewältigung werden somit Präventivmassnahmen je länger je wichtiger. Das Hochwasser im Laufental führte uns dies drastisch vor Augen. Die heutige Debatte jedoch soll sich auf die Energiepolitik konzentrieren.

Sowohl in der Schweiz als auch weltweit wird der Energiebedarf heute zu 80 % aus nicht erneuerbaren Energiequellen gedeckt. Die verbleibenden fossilen Energieresourcen konzentrieren sich zunehmend auf unsichere Weltgegenden. Aufgrund dieser Tatsachen ergeben sich Herausforderungen bezüglich Versorgungsunsicherheiten verursacht durch politische Krisen, Völkerwanderungen und Konflikte.

Ein Grossteil der Wertschöpfung aus dem Abbau der Ressourcen fliesst nicht in die regionale Wirtschaft und trägt somit auch nicht zum regionalen Wirtschaftswachstum bei.

Nachhaltig könne also nur ein Energiesystem sein, welches die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Gesellschaft dank effizienterer Energienutzung mit stark reduziertem Ressourceneinsatz abdeckt. Dazu sollen so weit als möglich erneuerbare Energiequellen genutzt werden. Für den Entwurf der Energie- und Klimaschutzstrategie ging der Regierungsrat vom Energiegesetz und den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons Basel-Landschaft aus dem Jahr 1991 aus. Die Erkenntnisse der letzten 15 Jahre flossen in den Entwurf ein, ebenso die aktuellen Aspekte des Klimaschutzes. Der Entwurf enthält folgende Grundsätze:

- Der Kanton gestaltet und trägt die Energiepolitik des Bundes aktiv mit.
- Der Kanton Basel-Landschaft fördert:
 1. Das Einsparen von Energie;
 2. Das Verbessern der Energieeffizienz;
 3. Die Deckung des Restbedarfs an Energie wenn möglich aus erneuerbaren Energien.
- Der Kanton setzt sich ein für eine nachhaltige und energieeffiziente Mobilität sowie für eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung.
- Der Kanton strebt eine Energiepolitik mit langfristiger Wirkung sowie die Vision der 2'000-Watt-Gesellschaft an.
- Der Kanton will CO₂-Emissionen reduzieren und damit einen Beitrag an den Klimaschutz leisten.
- Der Kanton handelt bei seinen eigenen Bauten und Anlagen vorbildlich.
- Der Kanton setzt auf die Eigeninitiative und freiwillige Massnahmen und damit auf die Eigenverantwortung jedes Einzelnen.

Der thematische Schwerpunkt der Energiepolitik des Kantons Basel-Landschaft wird weiterhin im Gebäudebereich liegen, künftig neu ergänzt durch einen Schwerpunkt im Bereich der Prozessenergie. Der Fokus liege entsprechend nicht nur bei der breiten Öffentlichkeit, sondern neu und verstärkt auch im KMU-Bereich. Die tragende wirtschaftliche Säule unseres Kantons soll einen wichtigen energiepolitischen und ökologischen Beitrag leisten und innerhalb geeigneter Rahmenbedingungen einen Mehrwert für das eigene Unternehmen generieren. Der Kanton sei bestrebt, dass die Universität und die Fachhochschulen Forschungsaufträge erhalten, damit der technologische Fortschritt und die Wirtschaftlichkeit verbessert werden können. In Zukunft wird ein Förderprogramm für die energetische Sanierung bestehender Gebäude bestehen.

Nach dem Einsparen von Energie und der Verbesserung der Energieeffizienz muss auch der Restbedarf abgedeckt werden. Hier müssen verschiedene Energieformen betrachtet werden, nicht nur Strom, sondern beispielsweise auch Wärme oder Dampf. Der Restbedarf soll möglichst mittels erneuerbarer Energiequellen abgedeckt werden. Hier verfügt unser Kanton in erster Linie über die Wasserkraft (Wasserkraftwerke Augst und Birsfelden sowie einige

Klein-Wasserkraftwerke), aber auch über Biomasse (Holzenergie) und die Nutzung von Umweltwärme (Sonnenenergie, Geothermie). Diese Energien stehen jedoch immer auch in einem Spannungsfeld, beispielsweise die Wasserkraft mit der Fischerei, die Sonnenenergie mit dem Denkmal- und Ortsbildschutz, die Windkraft mit dem Natur- und Landschaftsschutz.

80 % der elektrischen Energie, welche in unserem Kanton benötigt wird, wird nicht hier produziert. Es besteht also eine grosse Abhängigkeit, was in Krisensituationen zu Versorgungsengpässen führen kann. Zudem können die Energiepreise teilweise nicht vom Kanton beeinflusst werden. Sie stellen für die regionale Wirtschaft entsprechend eine Achillesferse dar. Wegen der aktuellen Situation und speziell unter dem Aspekt des Klimaschutzes müssen die zukünftigen Elektrizitäts-Versorgungslücken geschlossen werden, und zwar mit Energiesparmassnahmen, Energieeffizienzmassnahmen und mit Produktionsoptionen in der Schweiz. Der Kanton Basel-Landschaft strebt in erster Linie eine hohe Versorgungssicherheit an, jedoch kann die einheimische erneuerbare Energie die drohende Elektrizitätslücke bei Weitem nicht decken. Aus diesem Grund wird der Kanton Basel-Landschaft weiterhin auf Strombezüge aus Grosskraftwerken angewiesen sein. Vor allem soll die eigene Produktion aus der Wasserkraft gefördert werden.

Die Frage nach der Errichtung eines Kernkraftwerks auf unserem Kantonsgebiet sei derzeit nicht opportun. Mit unserer Verfassung und dem Atomgesetz bestehen heute diesbezüglich genügend Rahmenbedingungen. Allerdings werden die bestehenden fünf Kernkraftwerke, welche rund 40 % des schweizerischen Elektrizitätsbedarfs abdecken, weiterhin einen stattlichen Anteil unseres Stroms liefern. Gemeinsam mit der Wasserkraft stellt die Kernkraft einen Hauptpfeiler der heutigen CO₂-freien Elektrizitätsproduktion in der Schweiz dar. Dadurch wird die Brennstoffautonomie in der Schweiz sehr stark erhöht sowie die Auslandsabhängigkeit reduziert.

Im Rahmen der heutigen Debatte werden nun zahlreiche parlamentarische Vorstösse diskutiert. Anschliessend wird der Entwurf der Energiestrategie entsprechend überarbeitet und allenfalls angepasst.

Allen Anwesenden wünscht Jörg Krähenbühl eine engagierte und sachliche Debatte.

Ruedi Brassel (SP) zitiert die Aussage von Nobelpreisträger Paul Crutzen, wir seien in ein neues erdklimatisches Zeitalter eingetreten, in das Anthropozän. Ein Zeitalter, welches sich dadurch auszeichnet, dass der Mensch das Klima massgeblich mitprägt, und zwar seit dem letzten Jahrhundert. Die Möglichkeiten, welche uns mit dem technischen Fortschritt seit der Industrialisierung eröffnet wurden, bedeuten auch eine besondere Verantwortung. Leider werde diese Verantwortung teilweise erst jetzt realisiert. Die Auswirkungen des Wachstums sind alarmierend und es musste erkannt werden, dass der Mensch die Hauptursache für den aktuellen Klimawandel darstellt. Der Klimawandel lässt den Permafrost auftauen und verursacht Schäden wie Rutschungen, Hochwasser, drohende

Überschwemmungen oder Auswirkungen auf die Gesundheit (Sommersmog, Feinstaub, etc.). Die oben genannten Probleme führen immer wieder zu Vorstössen im Landrat, welche alarmistisch nach Lösungen rufen.

Die globalen, durch den Klimawandel hervorgerufenen Schäden werden anwachsen. Teilweise wurden Annahmen geäussert, sie würden einmal bis zu fünf Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmachen. Wird nichts gegen den Klimawandel unternommen, werden die Schäden irgendwann so gross sein, dass Gegenmassnahmen keine Verbesserung der Situation mehr bewirken können. Die Staatengemeinschaft hat den Ernst der Lage realisiert und mit dem Kyoto-Protokoll Ziele gesetzt, ebenfalls bestehen Zielsetzungen der EU und die Schweiz verpflichtete sich, den Ausstoss von Treibhausgasen zu senken. Es fehlen nun eigentlich nur noch spezielle Zielsetzungen für das Baselbiet.

Sollen die Kyoto-Ziele erreicht und die Verpflichtungen gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft und vor allem gegenüber den kommenden Generationen eingehalten werden, müssen nun dringend konkrete Schritte folgen.

Um dem Klimawandel etwas entgegen zu setzen, sei zunächst ein politischer Klimawandel nötig. Um in diesem Prozess weiterzukommen, schlug die SP-Fraktion im vergangenen Frühjahr eine Energiedebatte vor und freute sich darüber, dass die übrigen Fraktionen den Vorschlag unterstützten. Die heutige Debatte soll der Regierung bei der Entwicklung einer konkreten Strategie helfen. Ruedi Brassel hofft, es werde dem Parlament so gelingen, nun wirklich vorwärts zu kommen. In der Vergangenheit wurde vielen Vorstössen für erneuerbare Energien (Faktor-Vier-Initiative) und Vorstössen gegen die Luftbelastung Permafrost entgegen gebracht, was auch zu einigem *Permafrost* führte. Ruedi Brassel wünscht sich daher, dass heute sowohl der energiepolitische Permafrost als auch der daraus resultierende Permafrost abgebaut werden könne.

Selbstverständlich könne die globale Klimapolitik im kantonalen Rahmen nicht in den Griff bekommen werden, ohne kantonale und lokale Massnahmen hingegen seien globale Verbesserungen unmöglich. Im kantonalen Bereich werden wohl Massnahmen im Energieeffizienzbereich im Vordergrund stehen. Hier zeigt sich, dass Ökonomie, Innovation, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstandsmehrung miteinander verbunden werden können. Gesetzliche Vorschriften und Vorgaben im Energiebereich sind daher keine Behinderungen für die Wirtschaft, sondern sie stossen diese in eine bestimmte Richtung an, schaffen Anreize und werden eine reiche Ernte einbringen. Beispielsweise in Deutschland konnte im Zeitraum 2000 bis 2006 eine Verdoppelung des Anteils an erneuerbaren Energien realisiert werden, gleichzeitig wurde auch die Anzahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich verdoppelt. Für die gegenwärtige Konjunktur stelle dies einen wichtigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Faktor dar. Im Übrigen konnte gleichzeitig auch die Menge des CO₂-Ausstosses massgeblich reduziert werden.

In der Schweiz fallen die Fortschritte leider etwas bescheidener aus. Auch hier wurden jedoch Ziele formuliert, an welchen man heute festhalten müsse. Es gelte nun, Entscheidungen zu treffen und nicht einfach abzuwarten, zu prüfen und zu berichten. Die SP-Fraktion fordert konkrete Schritte zur 2'000-Watt-Gesellschaft im Bereich der Gebäudeenergieeffizienz auch im Baselbiet.

Mit der heutigen Debatte hoffe man, dass die Regierung nun das klima- und energiepolitische Ruder fester in die Hand nehme, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Bis zum Beginn der 1990er-Jahre nahm unser Kanton in Umweltfragen eine Vorreiterrolle in der Schweiz ein. Das Strategiepapier "Energie" aus dem Jahr 1991 zeugt davon. Leider wurden seit 1991 auf konzeptionell-strategischer Ebene in unserem Kanton energiepolitisch keine neuen Ideen eingebracht. Mit dem Regierungsprogramm 2007 bis 2011 beschloss die Regierung zum Glück, eine neue Energiestrategie aufzugleisen, ein löblicher, aber auch überfälliger Entscheid, denn der Nachholbedarf sei riesig. In Zukunft werde hoffentlich auch vermehrt das Fachwissen der Verwaltung in die energiepolitische Diskussion eingespeist, denn sowohl im Rahmen der Vernehmlassungen als auch im kantonalen Info-Heft konnte man vernehmen, dass die Regierung bzw. die Verwaltung sich ziert, die politische Debatte zu beeinflussen. Dies ist laut Ruedi Brassel der falsche Weg, denn verlangt sei eine Regierung, welche energie- und klimapolitisch Profil zeigt und sich nicht scheut, Verantwortung zu übernehmen und Diskussionsanstösse zu liefern. Die Regierung verfügt über massgebliche Fachleute, welche ihr Know-How einbringen und den politischen Prozess vorwärtsbringen können.

Im Rahmen der heutigen Debatte zeige sich die Regierung bereit, eine ganze Reihe von Vorstössen entgegen zu nehmen, dies jedoch in der Form von Postulaten. Die SP äussert diesbezüglich den grossen Wunsch auch an die übrigen Fraktionen, heute wirklich Pflöcke einzuschlagen. Es könne nicht Ziel der Debatte sein, den Landrat auf ein Energiestrategiepapier zu vertrösten, welches dann gegen Ende der Legislatur vom Landrat verabschiedet wird. Bis dahin würden einige Ziele und Verpflichtungen gemäss Kyoto-Protokoll bereits verfehlt.

Klare Pflöcke bezüglich 2'000-Watt-Gesellschaft und Förderabgabe sind wichtig, es gelte zudem auch, Zeichen zu setzen, dass man im Kanton Basel-Landschaft nach wie vor nicht für die Atomwirtschaft einstehe, sondern im Gegenteil den Ausstieg aus der Atomwirtschaft suche. Gerade in der Atomfrage gehe es auch um die regionale Zusammenarbeit und darum, das Profil des Baselsbiets kenntlich zu machen. Gemeinsam mit Basel-Stadt und allenfalls weiteren Kantonen komme man in der Förderung erneuerbarer Energien vielleicht schneller voran, als wenn Basel-Landschaft seinen Weg allein gehe.

Ruedi Brassel hofft, dass heute tatsächlich grosse Schritte gemacht werden, und wünscht eine gute Debatte.

Thomas de Courten (SVP) nimmt vorweg, Ökologie und Umweltschutz stellten nicht die Grundfesten der SVP-Politik dar. Eine auf staatliche Eingriffe, auf politische und

ideologische Zwangsmassnahmen und obrigkeitliche Vorschriften fussende Ökopolitik, wie sie teilweise im ersten Referat angetönt wurde, ist weder Ziel noch Traumthema der SVP-Politik. Dies heisst keineswegs, dass die Nachhaltigkeit unseres Tuns, unseres Lebens, unserer Arbeit, unserer Freizeit und unserer Wirtschaft der SVP egal wäre, auch sie sei kompetent in diesem Thema und wolle die Welt unseren Kindern in mindestens gleich gutem, wenn nicht besserem Zustand übergeben. Dies gelte sowohl im Bezug auf die wirtschaftliche Komponente als auch im Bezug auf die soziale Gerechtigkeit und den Erhalt unserer natürlicher Lebensgrundlagen. Die umweltpolitische Ausrichtung der SVP widerspiegeln genau die oben genannte Reihenfolge der drei Aspekte von Nachhaltigkeit.

Die SVP-Fraktion ist pickelhart davon überzeugt, dass unser Kanton sich nur mit einer wirtschaftlich erfolgreichen Volkswirtschaft die beiden anderen Säulen der Nachhaltigkeit (soziale Gerechtigkeit und Erhalt unserer natürlicher Lebensgrundlagen) leisten kann. Erst mit den Steuererträgen einer funktionierenden Wirtschaft werden Sozialversicherungen und Umweltschutz finanzierbar.

Im Rahmen der heutigen Debatte sollen die Relationen gewahrt werden. Die Flut der umweltpolitischen Vorstösse, welche die UNO-Berichte zu Beginn des Jahres 2007 auch auf kantonaler Ebene auslösten, stimmt die SVP-Fraktion skeptisch. Sie hält daher fest, dass unser Kanton nur ein winziger Fleck auf dem Globus sei, trotzdem müssen wir unseren Teil der Verantwortung tragen. Wir sollen und können unseren Beitrag leisten, jedoch nur dort, wo es Sinn macht und wo mit den investierten Ressourcen am meisten erreicht werden kann. Mit den dem Kanton zur Verfügung stehenden Mitteln könne weder die Welt verändert, noch der CO₂-Ausstoss der USA, noch das industrielle Wachstum Chinas oder das Bevölkerungswachstum in Indien verringert werden. Unser gutes Beispiel soll daher dort eingesetzt werden, wo es am meisten nützt. Das Credo der SVP lautet: Ermöglichen, aber nicht verbieten. Sie strebt eine wirtschaftliche Liberalisierung mit dem Ziel an, Innovation zu fördern und staatliche Vorschriften zu lockern, damit auch die Bürgerinnen und Bürger ihren Teil der Verantwortung übernehmen können. Darum: Kein Aktivismus mit viel Einsatz, welcher trotzdem nur wenig erreicht.

Selbst wenn der heute im Baugesetz faktisch bereits vorgeschriebene Minergiestandard noch zusätzlich verschärft wird, kann trotzdem nicht sehr viel erreicht werden. Es sei zudem nicht der richtige Weg, bereits wenige Jahre nach Minergie Plus auch noch Minergie Superplus zu fordern. Die SVP ist überzeugt, dass viel mehr erreicht werden kann, wenn unsere KMU liberale Rahmenbedingungen im Arbeitsrecht, in der Steuerpolitik, in der Forschung und auch in der Entwicklung erhalten. Dies bedeutet, dass Stammzellenforschung, Gentechnologie, Chemie-, Pharma- und Nanotechnologie ermöglicht werden müssen, damit beim Export und dem Technologietransfer durch unsere Unternehmen dort Verbesserungen erzielt werden können, wo es der Umwelt noch viel schlechter geht als bei uns.

Dazu müsse man nicht unbedingt nach China gehen, es genüge bereits ein Schritt nach Westen oder zwei nach Osten.

Thomas de Courten ruft dazu auf, nicht ständig darüber zu klagen, der Kanton Basel-Landschaft sei mit seinen energiepolitischen Vorschriften und Zielsetzungen im Rückstand. Er teile diese Auffassung Ruedi Brassels in keiner Art und Weise. Die Mitglieder der SVP-Fraktion haben im Vorfeld der heutigen Debatte sämtliche bestehenden Vorschriften studiert und sie stellen fest, dass das Klagen auf einem sehr hohen Niveau stattfindet. Die gesetzlichen Grundlagen seien aktuell, genügen den Anforderungen und werden entsprechend angewendet.

Thomas de Courten erinnert an die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe auf Bundesebene, an die freiwillige Massnahme "Klimarappen" der Wirtschaft und daran, dass der Bundesrat demnächst eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffe vorschlagen werde. Ebenfalls besteht auf Bundesebene ein neues Stromversorgungsgesetz mit einer vollen Einspeisevergütung auf erneuerbare Energien sowie diverse Energieeffizienz- und erneuerbare Energie-Förderprogramme, welche mit viel Geld unterstützt werden. Das Energiegesetz des Kantons Basel-Landschaft wurde letztmals im Jahr 2005 revidiert und 2007 in Kraft gesetzt, es bestehen Verordnungen über Förderbeiträge und es wurden vier Verpflichtungskredite über 22 Mio. Franken gesprochen. Ein fünfter Kredit wurde im letzten Jahr verabschiedet und kommt nun zur Auszahlung. Weiter besteht eine Verordnung über die kostendeckende Vergütung von Elektrizität aus erneuerbaren Energien.

Anlässlich diverser Volksabstimmungen in den letzten Jahren sprach sich die Bevölkerung klar gegen eine Stromerzeugung am Markt vorbei, gegen einen unüberlegten vorzeitigen Ausstieg aus der Atomenergie und gegen eine Marktverzerrung durch zusätzliche Abgaben und Gebühren aus. Dieser Volkswille soll in der heutigen Debatte respektiert werden.

Der Energiebedarf unserer Gesellschaft steigt wegen zunehmender Mobilität, zunehmenden Kommunikationsbedürfnissen, wegen anderer Heiztechnologien, welche auf mehr Strom angewiesen sind, wegen mehr Büro- und Haushaltsgeräten. Dieser Tatsache könne man sich nicht verschliessen.

Zusammenfassend vertritt die SVP-Fraktion folgende Position: Im Kanton Basel-Landschaft besteht mit allen bisherigen und laufenden Massnahmen absolut kein akuter Nachholbedarf, wie dies seitens der SP-Fraktion und der Grünen immer wieder behauptet wird. Im Gegenteil sei man der Auffassung, dass die heutigen gesetzlichen Grundlagen zur Zielerreichung in der Energiepolitik genügen. Die Bevölkerung und die Wirtschaft tragen im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung schon heute sehr viel zur effizienten Energienutzung bei. Der energiepolitische Schwerpunkt sei auf eine Steigerung der Energieeffizienz zu legen, speziell auf die Sanierung bestehender, älterer Wohnbauten. Die SVP setzt dabei auf den Verstand und die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger. Freiwilligkeit und Anreizsysteme werden wenn immer

möglich neuen Zwangsmassnahmen und Einschränkungen der persönlichen Entscheidungsfreiheit vorgezogen. Auch in der Umweltpolitik greifen marktwirtschaftliche Instrumente wesentlich besser.

Der wachsende Energiebedarf unserer Gesellschaft sei eine Tatsache, gegen welche aufzubauen sich nicht lohne. Der Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung dürfen durch eine Verknappung der verfügbaren Energie nicht eingeschränkt werden. Eine ausreichende Energieversorgung sei soweit möglich durch inländische Produktion sicherzustellen und der Anteil der erneuerbaren Energie soll so ausgebaut werden, dass ein breiter, diversifizierter, wirtschaftlicher Energiemix sowohl im Strombereich, als auch im Wärme- und Mobilitätsbereich zur Verfügung steht.

Hanspeter Frey (FDP) begrüsst seitens FDP-Fraktion die Gelegenheit, heute eine Stellungnahme zu Energiefragen im Kanton Basel-Landschaft abgeben zu können. Die FDP-Fraktion steht grundsätzlich hinter der bundesrätlichen Energiepolitik, wie sie im Vier-Säulen-Prinzip der Energieeffizienz aufgezeigt wird (erneuerbare Energie, Grosskraftwerke, europäische Energiepolitik). Laut Regierungsrat Jörg Krähenbühl gehe auch die Regierung des Kantons Basel-Landschaft das Problem auf dieser Ebene an.

Bei der Energiepolitik handle es sich nicht nur um eine kantonale Angelegenheit, sondern sie sei in die schweizerische und internationale Politik eingebunden. Für die FDP ist es wesentlich, dass die Energieversorgung in unserem Land so weit als möglich unabhängig ist und bleibt. Die Gewährleistung einer ausreichenden, breit gefächerten, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung und ein sparsames Umgehen mit der Energie sei wichtig. Unbestrittenerweise liege aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung ein Klimawandel vor. Diese Tatsache gehe uns alle an, weshalb wir dazu aufgerufen sind, zum Klima Sorge zu tragen.

Die bisher geführten, intensiven Debatten über Umweltbelastungen infolge von Schadstoffemissionen, die sich abzeichnenden Versorgungsengpässe sowie das Bewusstsein über die Endlichkeit der fossilen Rohstoffe führten in der schweizerischen Energielandschaft auf allen Stufen zu einem Umdenken. Sämtliche gesellschaftlichen Bereiche (Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Politik) sind daher aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten und den Klimawandel zu bremsen. Eine Reduktion des CO₂-Ausstosses sei unabdingbar. Neben den Folgen für das Klima durch die Verbrennung sind auch die Mengen der fossilen Brennstoffe begrenzt, weshalb die Stromproduktion so CO₂-arm wie möglich erfolgen soll. Die Schweiz und das Baselbiet sollen CO₂-arm bleiben und die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass andere unserem Beispiel folgen werden, wenn wir einen modernen und nachhaltigen Lebensstil pflegen.

Unbestritten wird in Zukunft eine Stromlücke bestehen (Mitte bis Ende des nächsten Jahrzehnts), welche geschlossen werden muss, und dazu ist der Bau von Grosskraftwerken unumgänglich. Aus klimapolitischen Gründen

soll die Stromproduktion CO₂-arm erfolgen, weshalb die FDP auch gesamtschweizerisch Gaskombi-Grosskraftwerke nicht unterstützt. Sie ist der Ansicht, dass die Stromlücke mit Kernkraftwerken geschlossen werden muss. Es soll sich dabei jedoch um einen Ersatz von Kernkraftwerken an bestehenden AKW-Standorten handeln. Der Friedensnobelpreisträger 2007, R. K. Pachauri, Vorsitzender des Klimarates der UNO, wies unter anderem darauf hin, dass eine CO₂-arme Stromproduktion insbesondere über die Kernkraft erreicht werden könne.

Im Kanton Basel-Landschaft soll sich etwas bewegen, und dies könne mit einer Diskussion über Grosskraftwerke nicht erreicht werden. Das Gewicht müsse auf die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien gelegt werden, weshalb heute der Fokus nicht bei der Kernenergie und einer Diskussion von § 115 der Baselbieter Kantonsverfassung liegen kann. Eine Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien stelle für die FDP eine vordringliche Massnahme dar. Es wurden entsprechende Vorstösse für die Steigerung der Energieeffizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energien vor allem im Gebäudebereich eingereicht. Fraglos muss die höchstmögliche Wirkung mit den im Rahmen von Verpflichtungskrediten bereits gesprochenen Steuergeldern erzielt werden.

Eine Förderabgabe, wie sie nun wieder zur Diskussion steht, ist nach Ansicht der FDP im Kanton Basel-Landschaft nicht nötig, da sie sich nur einseitig auf den Strom und nicht auf alle Energieträger bezieht. Im Jahr 2008 wird im Übrigen auch vom Bund ein Förderbeitrag von 0,6 Rp. pro Kilowattstunde Strom verlangt, weshalb in unserem Kanton nicht noch eine zusätzliche Abgabe festgeschrieben werden soll. Die 2'000-Watt-Gesellschaft ist auch gemäss Energieperspektive des Bundesamtes nicht so rasch erreichbar. Die FDP ist der Ansicht, das Ziel sei nur mittels internationaler Abstimmung und Zusammenarbeit, nicht jedoch von Basel-Landschaft allein, machbar.

In Basel-Landschaft soll keine Energiepolitik betrieben werden, welche auf der Verdrängung von energieintensiven Betrieben basiert. Es sollen erneuerbare Energiequellen genutzt und der pro Kopf-Verbrauch gesenkt werden. Für die Förderung einer rationellen Energienutzung und die Nutzung erneuerbarer Energien wird in Zukunft, wie bereits erwähnt, vom Bund eine Förderabgabe erhoben, welche Einkünfte von rund 320 Mio. Franken generieren wird. Diese Einkünfte sollen laut FDP für den Kampf gegen die Klimaerwärmung und die Erhaltung einer intakten Umwelt sowie für eine nachhaltige Energiepolitik genutzt werden. Das Ganze soll als Chance verstanden werden, mit sauberen, intelligenten und innovativen Technologien neue Märkte und damit auch neue Arbeitsplätze zu entwickeln und zu erschliessen. Das wirtschaftliche Potential dazu ist in unserem Kanton vorhanden.

Laut Hanspeter Frey sollte sich unser Kanton den Topf mit Fördergeldern des Bundes zu Nutzen machen und Projekte wie thermische Solardächer zur Warmwasseraufbereitung, Wärmepumpen mit Erdsonden, Pellets- und Schnitzelheizungen oder auch grössere, zukunftsweisende Projekte (beispielsweise Holzvergasungsanlagen) unterstüt-

zen und vorantreiben. Derartige Projekte wird die FDP befürworten und allenfalls auch entsprechende Vorstösse einreichen.

Die künftige Energiepolitik sollte weitsichtig sein, den Tatsachen entsprechen und wirkliche Lösungen anbieten. Das Miteinander von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt müsse spielen, um Nachhaltigkeit zu garantieren. Ein Gegeneinander von Wirtschaft und Umwelt schadet. Eine angemessene, bezahlbare Mobilität müsse ebenfalls gewährleistet sein, gehört diese doch zum Grundbedarf der Wirtschaft, aber auch des Menschen. Eine gesunde Wirtschaft mit Freiraum für die Gesellschaft erlaubt es, sich sozial und ökologisch positiv zu entwickeln. Umgekehrt können aber auch die Gesellschaft und die Wirtschaft sich nur in einem gesunden Umfeld halten und weiterentwickeln.

Zusammenfassend hält Hanspeter Frey fest, die FDP-Fraktion sei für erneuerbare Energien und hoffe, die 320 Mio. Franken an Förderabgaben würden gut eingesetzt, um Rahmenbedingungen zur gezielten Förderung von Pilotprojekten zu schaffen. Bei der Energieeffizienz sei der grösste Handlungsspielraum vorhanden, insbesondere im Gebäudebereich, wo schnell ansprechende Resultate erzielt werden können. Entsprechende Vorstösse liegen vor.

Mittelfristig lasse sich ein neues Grosskraftwerk vermutlich nicht umgehen, aus Klimagründen sollte aber möglichst CO₂-armer Strom erzeugt werden. Bezüglich Kernkraft müsse zu einem späteren Zeitpunkt erneut diskutiert werden.

Die FDP nimmt die grosse Herausforderung und Chance an und wird sich dafür einsetzen, dass über alle Parteigrenzen hinweg ohne Scheuklappen, Dogmen und Profilierungssucht wegweisende Lösungen erarbeitet werden und unseren Nachkommen ein prosperierendes Dasein in einer intakten Welt ermöglicht wird.

Elisabeth Schneider (CVP) betont, die Energiepolitik der CVP/EVP-Fraktion orientiere sich am Prinzip der Nachhaltigkeit. Auch künftigen Generationen sei eine Energieversorgung zu garantieren, welche ausreichend, sicher, wirtschaftlich und umweltverträglich sei. Einen ersten Schwerpunkt setze ihre Fraktion bei der Energieeffizienz und der Realisierung des brachliegenden Einsparpotentials. Gerade im Wärmebereich sei dieses Potential enorm. Hier brauche man nicht auf technologische Entwicklungen zu warten, die Umsetzung könne sofort angegangen werden. Im Bereich von Gebäuden soll bei Neubauten der Minergie- sowie der Minergie P-Standard priorisiert werden. Die 2'000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich sei ein ehrgeiziges, aber notwendiges Ziel, welches von der CVP/EVP angestrebt wird.

Im Bereich der Mobilität überwies der Landrat an seiner letzten Sitzung das Postulat der CVP/EVP-Fraktion betreffend Verkehrssteuer mit ökologischer Ausrichtung kommentarlos. Damit können wirkungsvolle Anreize geschaffen werden, um die so genannten Energiefresser von den Strassen zu verbannen.

Auch im Bereich Mobilität liege ein immenses Einsparpotential.

Einen zweiten Schwerpunkt setzt die CVP/EVP bei den erneuerbaren Energien. Mehr als die Hälfte unserer Energie beziehen wir aus Erdölprodukten. Die wichtigsten Energieträger wie Erdöl, Erdgas und Uran werden mittelfristig nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und damit vom Ausland komme also absolute Priorität zu. Um die Förderung von erneuerbaren Energien voranzutreiben, werde man nicht um eine Förderabgabe herumkommen. Die CVP/EVP-Fraktion sprach sich bereits im Jahr 2005 deutlich für eine Förderabgabe aus, denn dadurch erhalten alternative Energiequellen eine gute Marktperspektive.

Argumente, die Förderabgabe würde der Wirtschaft schaden, werden von Elisabeth Schneider verneint. Eine solche Abgabe würde im Gegenteil Impulse in der Form von Investitionen auslösen und Arbeitsplätze beim lokalen und regionalen Gewerbe schaffen. Gleichzeitig sei es aber auch wichtig, die bau- und zonenrechtlichen Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien bereitzustellen. Eine Lockerung der Zonen- bzw. Baugesetzgebung im Sinne einer Güterabwägung zugunsten der erneuerbaren Energie wird von der CVP/EVP unterstützt.

Die CVP als Wirtschaftspartei erklärt, weshalb es sich aus wirtschaftlicher Sicht lohne, eine ökologischere Energiepolitik zu betreiben. Der Ölpreis stieg in den letzten Jahren um beinahe das Vierfache und es stelle sich die Frage, ob sich unsere KMU künftig diese Energie überhaupt noch leisten können. Hier bestehe Handlungsbedarf! Zudem biete der Umweltschutz unglaublich viele wirtschaftliche Chancen, indem in neue Technologien investiert werde. Eine frühzeitige wirtschaftliche Umstellung und Anpassung an eine energieeffiziente Produktion und die Entwicklung der entsprechenden Technologien bringe ein riesiges Innovationspotential und zudem erhebliche Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Kantonen und dem Ausland mit sich. Künftig werden althergebrachte Produktionsarten, Dienstleistungen und Prozesse in einem rückläufigeren Markt stattfinden. Effizienz und Erneuerbarkeit bieten echte Wachstumsmärkte, auch im Energiebereich.

Elisabeth Schneider ruft dazu auf, damit aufzuhören, die Ökonomie und die Ökologie immer wieder gegeneinander auszuspielen, denn heute gehen Ökologie und Ökonomie Hand in Hand. Die Ökologie soll nicht dauernd als Bedrohung für die Wirtschaft betrachtet werden, sondern als Chance.

Zur Streichung des Anti-Kernkraft-Artikels: Selbst wenn man der Meinung sei, die Kernkraft müsse als Ultima Ratio freigehalten werden, sei es falsch, den Anti-Kernkraft-Artikel zum heutigen Zeitpunkt aus der Baslerbieter Verfassung zu streichen. Heute müsse man sich auf die Alternativen zur Kernenergie konzentrieren. Die Kernenergie als solche stehe für die CVP/EVP momentan nicht zur Diskussion.

In diesem Sinne wird die CVP/EVP-Fraktion die heute traktandierten persönlichen Vorstösse überweisen oder ablehnen und sie freut sich auf eine innovative und fortschrittliche Energiepolitik in unserem Kanton.

Philipp Schoch (Grüne) dankt Elisabeth Schneider für ihr tolles Votum. Joschka Fischer habe anlässlich seines Vortrags in Liestal am gestrigen Tag alles gesagt, was zu diesem Thema zu sagen sei, trotzdem wird auch Philipp Schoch sich nun noch äussern. Wir dürfen jetzt nicht mehr einfach nur reden, wir müssen handeln, und zwar dringend und entschlossen! Die heutige Debatte stelle nur einen kleinen Anfang einer effektiven Energiewende dar, welche auch im Baselbiet vollzogen werden muss, und zwar nicht von den nachfolgenden Generationen, sondern jetzt. Die heutige Sitzung werde keine grossen Würfe bringen, sie stelle lediglich den Startschuss zu einer sichereren und saubereren Energieversorgung unseres Kantons dar.

Seit der Gründung der Grünen Partei vor zirka 30 Jahren haben sich die Grünen immer mit dem Thema Energie auseinandergesetzt und heute existieren viele Nachahmer, was die Grünen sehr freut. Allzu lange habe man die Grünen Ideen auch im Energiesektor nicht ernst genommen, heute sei dies zum Glück anders. Die Grünen Basel-Stadt erreichten im Februar 2007 eine Initiative mit dem Titel "Weg vom Öl" ein. Diese Volksinitiative soll uns unabhängiger machen vom endlichen und immer teurer werdenden Öl sowie die erneuerbaren Energien echt fördern. Bis im Jahr 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch mindestens 50 % ausmachen, ein ambitioniertes Ziel, das aber sicherlich erreicht werden könne. An neuen und sauberen Technologien werde mit Hochdruck geforscht und die erneuerbaren Technologien werden langsam konkurrenzfähig und vor allem immer effektiver. Die höchsten Gewinnzuwächse an den Börsen weisen heute die Solarunternehmen aus.

Für die heutige Sitzung haben die Grünen nicht allzu viele Vorstösse eingereicht, jedoch wurden viele der nun vorliegenden Ideen von den Grünen bereits vor Jahren eingebracht. Die heutigen Entscheide bedeuten nur eine Pflasterlipolitik ohne grossen Nutzen für eine nachhaltige Energiewende. Beispielsweise einen Energiepass für Gebäude hätte die Regierung und die Verwaltung längst selbst umsetzen können, dazu sei keine Ideenbörse im Landrat notwendig. Es sei klar, dass ein Energieminister, welcher selbst im Verwaltungsrat des grössten Energielieferanten im Baselbiet sitze, sich kaum mit Herzblut für das Energiesparen einsetze.

Dass sich die Verwaltung auf Geheiss der Regierung absolut aus dem Energiedialog verabschiedet habe, müsse heute ein Ende nehmen. Es mache nur bedingt Sinn, Referenten aus anderen Kantonen zu Kommissionssitzungen einzuladen, nur weil sich unsere Verwaltungsleute nicht äussern dürfen. Im Übrigen dankt Philipp Schoch der Redaktionskommission des Infohefts für ihre gute Idee, das Thema Energie im Vorfeld der heutigen Sitzung darzustellen. Leider scheiterte auch dieses Projekt kläglich, weil die Bau- und Umweltschutzdirektion sich nicht äussern wollte.

Philipp Schoch möchte die letzten Wochen ganz schnell vergessen und nach vorne blicken. Er erwartet heute und in naher Zukunft einiges von der Regierung und der Verwaltung, um eine echte Energiewende im Baselbiet heranzuführen. Die Grünen sind überzeugt, dass die erneuerbaren Energien gefördert und endlich richtig finanziell unterstützt werden müssen, so wie dies beispielsweise Basel-Stadt sehr erfolgreich tut, nicht zuletzt für die lokalen KMU. Wenn der Markt in einigen Jahren spielen wird, könne man dann von der kantonalen Förderung absehen. Heute sei dies leider noch nicht möglich.

Die Grünen stehen ein für die Förderabgabe und für mehr Wind- und Solaranlagen im Baselbiet, nicht übermorgen, sondern heute. Die Politik der kleinen Schritte, wie sie die übrigen Parteien immer wieder propagiert haben, müsse jetzt begraben werden. Heute muss gehandelt werden, und was noch nicht erreicht werden kann, muss mit höchster Priorität angegangen werden, nicht nur von den Grünen, sondern von allen Beteiligten. Es reicht nicht, im Baselbiet eine Energierevolution zu veranstalten, es gelte, globaler zu denken. In Zukunft muss ärmeren Regionen der Welt geholfen werden, einen guten Umweltschutz zu betreiben. Es gilt, global und regional zu handeln!

Die Grüne Fraktion freut sich sehr auf den heutigen Tag und griffige Entscheide.

Karl Willimann (SVP) betont, die SVP stehe zum sparsamen Umgang mit Energie und den sich daraus ergebenden Massnahmen. Dabei steht die immer wichtiger werdende Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen im Vordergrund, denn die heutige Abhängigkeit stellt sowohl für unser Land wie auch für Europa eine politische Gefahr dar. Es sei erkennbar, dass Europa und auch andere Teile der Welt durch einseitige Abhängigkeiten erpressbar werden. Den letztjährigen Lieferstopp aus Russland, welcher zwar auf die Ukraine abzielte, bekam auch Deutschland zu spüren. Man stelle sich auch vor, wie sich der Erdölpreis bei einem Angriff auf die Atomanlagen im Iran weiterentwickeln wird!

Karl Willimann zweifelt die überall verbreitete Aussage an, der Mensch allein sei am Klimawandel schuld. Seiner Meinung nach wird die Bedeutung des Menschen in diesem Kontext überschätzt. Die Annahme, der Mensch habe den Klimawandel verursacht, sei heute wissenschaftlich nicht bewiesen und umstritten.

Wissenschaftliche Publikationen in der NZZ von diesem Jahr ergeben aufgrund von Tiefenbohrungen in der Arktis und der Ost-Antarktis über die letzten 740'000 Jahre folgendes Bild: Zirka alle 100'000 Jahre kommt es zu wiederkehrenden, grossen Eiszeiten, dazwischen zu 10'000 Jahre dauernden Zwischeneiszeiten. Die Bohrungen zeigten zudem, dass es immer wieder zu raschen Klimaerwärmungen kam. Die Gründe dafür sind noch nicht bekannt, tatsächlich hat sich das Klima während der Zwischeniszeiten aber jeweils innerhalb weniger Jahrzehnte erwärmt, während die Abkühlungsphasen bis zu einer nächsten Eiszeit mehrere Jahrhunderte dauerten. Aufgrund der Eisbohrungen kann belegt werden, dass der Süden Grönlands vor rund 450'000 Jahren mit Wäldern

bedeckt war. Vor 125'000 Jahren stand der Meeresspiegel in Europa 4 bis 6 Meter höher als heute. Kürzlich erhob Russland Ansprüche auf Gebiete in der Arktis, da darunter Erdölvorkommen vermutet werden. Vor drei Millionen Jahren war die Arktis nicht eisbedeckt, sondern ein Meer. Seit 11'600 Jahren befinden wir uns in einer Zwischeneiszeit, dem so genannten Holozän. Es werde wissenschaftlich vermutet, dass die nächste Eiszeit nicht vor 30'000 bis 50'000 Jahren stattfinden werde. Zur Zeit findet also eine Klimaerwärmung statt, wie sie auch aus früheren Zeiten in Sedimenten belegt werden.

Die Bohrungen zeigen zudem klar auf, dass der CO₂-Wert in der Atmosphäre früher ein Mehrfaches des heutigen betrug, allerdings auch damals immer mit nachhaltigen Auswirkungen auf das globale Klima. Was also löst derartige Schwankungen aus, wenn es nicht der Mensch ist? Es handelt sich um zyklisch variierende Parameter im Sonnensystem (Distanz Erde–Sonne, Neigung der Erdachse gegenüber der Sonne, unterschiedliche Rotationsparameter der Erde), welche durch Gravitationsänderungen im galaktischen System (Milchstrasse) beeinflusst werden.

Auch ein kurzer Blick auf die letzten beiden Jahrhunderte bestätigt, dass die Verantwortung für den Klimawandel nicht nur beim Menschen liegt. Die Dimension der Gletscher auf alten Stichen der Alpen zeigt, dass ein Gletscherrückzug bereits konstatiert werden kann, bevor der Mensch damit begann, Kohle, Öl oder Benzin zu verbrennen. Die Erwärmung sei also seit dem Ende der letzten Eiszeit vor rund 10'000 Jahren sukzessive im Gang.

Bezüglich dem Einfluss des Menschen sei die Wissenschaft in zwei Lager gespalten: Das eine Lager ist überzeugt, dass die zusätzliche Freisetzung von CO₂ durch den Menschen die Temperatur in der jetzigen, warmen Phase zusätzlich antreibt und so die zwischeneiszeitliche Erwärmung verstärkt. Das andere Lager stellt sich ebenfalls aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen auf den Standpunkt, der Mensch könne mit seinem heutigen CO₂-Ausstoss global höchstens 0,6 % zur Erwärmung beitragen und diese Wirkung sei deshalb vernachlässigbar.

Karl Willimann geht es nicht darum, das vorhandene Phänomen der Klimaerwärmung in Frage zu stellen, er warnt jedoch vor vorschnellen Schuldzuweisungen. Seine Erfahrung habe ihm gezeigt, dass Vorsicht angebracht sei, wenn alle einer Meinung seien. Vor 23 Jahren wurde beispielsweise im Landratssaal das Waldsterben verkündigt. Demnach wären die Wälder nach 25 Jahren tot gewesen. Unter diesem Schreckensszenario bewilligte der Landrat viel Geld für Untersuchungen. Tatsächlich verfügte das Baselbiet seit dem Mittelalter noch nie über eine derart grosse Waldfläche wie heute. Der Wald leide möglicherweise unter einem menschenverursachten Problem, er liege heute jedoch nicht am Boden.

Karl Willimanns Devise lautete immer: Don't fight the problem! Dass bezüglich neuer, alternativer Energieträger und Energieeffizienz heute Handlungsbedarf bestehe, sei unbestritten. Mit seinen Ausführungen wollte Karl Willimann aber darauf hinweisen, dass die Thematik differenziert beurteilt werden müsse.

Gerhard Hasler (SVP) stellt fest, der Energiebedarf in der Schweiz steige weiter an. Die Energiestatistik zeige, dass sich der Energieverbrauch in der Schweiz von 1910 bis 2006 um das 120-fache vergrössert habe, nämlich von 100'000 Terajoule auf 1'200'000 Einheiten. In dieser Zeit spielte sich aber auch der wirtschaftliche Aufschwung in der Schweiz ab, der Wohlstand und die soziale Sicherheit nahmen zu. Unsere Energieversorgung hängt leider zu 80 % vom Ausland ab. Rund 60 % der verbrauchten Energie stammt aus Erdöl und 12 % aus Erdgas. Aus der Energiestatistik geht hervor, dass heute in der Schweiz mehr Elektroenergie importiert als exportiert wird. Mit dem von allen angestrebten Wirtschafts- und Wohlstandswachstum wird der Energiebedarf weiter ansteigen.

Auch die Bewegung braucht Energie. Die immer höher werdende Mobilität im Individual- und öffentlichen Verkehr lässt den Energieaufwand ansteigen. Der öffentliche Verkehr mit seinem immer dichteren Fahrplan braucht mehr elektrische Energie, wobei diese bereits heute nicht mehr allein in der Schweiz hergestellt werden kann und vom Ausland importiert werden muss.

In absehbarer Zeit wird die Schweiz mit einer Stromversorgungslücke konfrontiert. Internationale Lieferverträge laufen aus, die Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke gehen zu Ende. Die möglichen Einsparungen werden durch den Zuwachs laufend übertroffen, und es entsteht eine Lücke, welche durch die Nachbarstaaten gefüllt werden muss. Während die Kernenergie in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich beurteilt wird (Ausstieg in Deutschland, Zubau in Finnland), hielt sich die schweizerische Bevölkerung mit ihrer Ablehnung der Moratoriumsinitiative im Jahr 2003 bewusst die Option Kernenergie offen. Der Zeitpunkt sei nun gekommen, über diese Option konkret nachzudenken.

Der Ausbau der Wasserkraft an den möglichen Produktionsstandorten müsse vorangetrieben werden. Derartige Projekte werden jedoch meist sofort von Naturschützern und grünen Kräften bekämpft. Die Sicherstellung von genügend elektrischer Energie, auch durch Kernkraftwerke, müsse zeitgerecht vorangetrieben werden, um eine entwicklungsfähige Wirtschaft zu garantieren. Davon hängt wiederum unser Wohlstand und die soziale Sicherheit ab.

Wir dürfen uns nicht noch stärker in die ausländische Abhängigkeit treiben lassen und es gehe auch nicht an, dass wir unsere Energie in Billigländern produzieren lassen und somit die Emissionen den dort lebenden Menschen hinterlassen werden. Gerhard Hasler spricht sich gegen das Betreiben einer St. Florians-Politik aus.

Urs Hess (SVP) bezeichnet es als Tatsache, dass wir trotz Energiesparanstrengungen immer mehr Energie verbrauchen. Nicht nur unsere Bevölkerung, auch unsere Mobilität nehme durch die grösseren Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsort zu. Der wachsende Kostendruck in der Wirtschaft, bewirkt durch die Just in Time-Produktion und die weltweite Vernetzung, trägt ebenfalls zu einem gesteigerten Energiebedarf bei. Wir kaufen Kleider aus China und Autos aus Japan, wobei sich nur Wenige fragen, ob dies bezüglich Energieverbrauch effizient sei. Gebäudeisolationen werden ebenfalls mit viel Energie und oftmals aus nicht erneuerbaren Produkten hergestellt und es stellt sich die Frage, ob das verwendete Produkt während seiner Lebensdauer mehr Energie einzusparen helfe, als es für die Herstellung und Entsorgung verbrauche.

Minergie in all seinen Varianten sei heute das Schlagwort schlechthin. Wolle man auf diesen Zug aufspringen, müssten Altbauten, welche diesen Standards nicht entsprechen, in letzter Konsequenz abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden. Unsere gepflegten Dorfkern würden also den Baggern zum Opfer fallen. Urs Hess fragt sich zuweilen, weshalb unsere Vorfahren noch mit sehr viel weniger Energie pro Kopf auskommen konnten als wir.

Die SVP stehe ganz klar zu einem effizienten Energieverbrauch und wolle in Sachen Energie wieder vermehrt zum Selbstversorger werden. Dazu soll auf staatlich vorgeschriebene Minergielabels bei bestehenden Bauten verzichtet werden, denn eine Betrachtung der Energiesparmassnahmen beispielsweise nur auf die Isolation bezogen werde dem Problem der Energieeffizienz nicht gerecht. Dadurch wären Bauschäden an Altbauten bereits vorgeplant, so zum Beispiel durch Verschiebungen des Taupunktes und Veränderungen der Dampfdiffusion. Auch sei mit Einsparungen der Denkmalpflege gegen Energiesparmassnahmen bei schützenswerten Objekten zu rechnen.

Energieeffizienz bedeute auch, Energie nur dort einzusetzen, wo sie wirklich gebraucht werde. Bedenkt man, dass rund ein Drittel unserer Energie für die Mobilität aufgewendet wird, so sollten beispielsweise die Fahrzeuge des ÖV nicht einfach unisoliert herumfahren. In der kühlen Jahreszeit sollte es nicht möglich sein, im T-Shirt in einem Gebäude herumsitzen. Die Raumtemperaturen sollten auf maximal 20 Grad Celsius gesenkt werden und entsprechende Kleidung angezogen werden. Zudem müssen Schlafzimmer und Keller nicht unbedingt beheizt sein. Die diesbezügliche Aufklärung und Beratung der Bevölkerung bringt mehr Einsparungen als irgendwelche staatlich verordneten Lenkungsmaßnahmen.

Energieeffizienz heisst klar, eine intelligente Steuerung einzusetzen, Stand-by-Modi auszuschalten, Temperaturunterschiede beispielsweise durch Wärmekraftkoppelung oder Restwärme in der Industrie zu nutzen. Die Industrie beschäftigt sich nicht erst seit der Diskussion um den Klimawandel mit der Energieeffizienz, sie setzt sinnvolle Massnahmen laufend um.

Wir benötigen Energie und müssen alles daran setzen, diese ökologisch sinnvoll und ressourcenschonend zu produzieren. Noch viel wichtiger sei es jedoch, sie effizient einzusetzen. Energieeffizienz-Steigerungen sollen durch steuerliche Erleichterungen, aber auch durch vereinfachte Bewilligungsverfahren für Firmen und Private angekurbelt werden. Die SVP strebe eine marktwirtschaftliche Lösung mit staatlichen Anreizen an.

Hannes Schweizer (SP) bemerkt, was politischen Parteien und Umweltschutzorganisationen in den letzten Jahrzehnten nur in bescheidenem Mass gelungen sei, habe die Natur innerhalb eines Jahres mit unheimlicher Macht bewiesen, nämlich die Allgegenwart der Klimaveränderung. Als Folge dieser Klimaveränderung entstehen volkswirtschaftliche Schäden und die Biodiversität ist gefährdet. Über diese Tatsachen besteht laut Hannes Schweizer im Baslerbieter Parlament ein Konsens. Er empfindet vor allem denjenigen Parteien gegenüber Dankbarkeit, welche bisher den Umweltschutz als Pferdefuss der wirtschaftlichen Entwicklung eines Kantons betrachteten, denn auch sie wollen die Energieeffizienz sowie alternative Energien fördern. Dank der Naturereignisse des letzten Jahres sehen nun auch sie die Notwendigkeit von Massnahmen.

Heute gehe es nicht darum, die Verantwortlichen für den Klimawandel zu eruieren, sondern darum, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Es gehe nicht darum, Schuldige dafür zu suchen, dass unser Kanton seinen Spitzenplatz in der Umweltpolitik, welchen er vor 15 Jahren noch innehatte, verlor, sondern darum, den Kanton im Energieranking wieder an die Spitze zu führen. Der heutige Tag könne als Auftrag der Wählerinnen und Wähler verstanden werden, welche laut Sonntagsblick zu 90 % mehr Massnahmen gegen den Klimawandel fordern. Der heutige Tag stelle eine Chance dar, die notwendigen Diskussionen ohne ideologische Grabenkämpfe zu führen. Den nachfolgenden Generation sind wir es schuldig, ihr die natürlichen Lebensgrundlagen (Umwelt, Klima) in gutem Zustand zu übergeben.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) möchte die Sicht vieler Haus- und Wohneigentümer in die heutige Grundsatzdebatte einbringen. Bekanntlich wird die energetische Sanierung älterer Gebäude sowie die Erstellung energieeffizienter Neubauten in den nächsten Jahren eine besondere Herausforderung darstellen.

Bei der Gebäudeversicherung unseres Kantons sind heute beinahe 100'000 Gebäude versichert, davon rund 60'000 Wohngebäude. Rund die Hälfte der 60'000 Gebäude wurde vor 1970 erstellt, knapp 10'000 in den letzten zehn Jahren. Diese Zahlen sollen das grosse Potential der energetischen Sanierung vieler bestehender Liegenschaften aufzeigen, vor allem von Liegenschaften aus den Jahren vor 1970. Die Sanierungen müssen mit einem Mix von freiwilligen Massnahmen und gesetzlichen Anreizen gefördert und unterstützt werden. Es sei also unabdingbar, investitionsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen und somit die Grundvoraussetzungen zur Erstellung von energieeffizienten Liegenschaften. Folgende Punkte sind in diesem Zusammenhang zu beachten:

- Energetische Sanierungen werden beispielsweise bei Mehrfamilienhäusern nur dann getätigt, wenn sich die dafür aufgewendeten Investitionen durch entsprechende Mietzinseinnahmen verzinsen lassen. Dies bedingt die Anerkennung energetischer Massnahmen als Mehrwert, wodurch entsprechende Mietzinsanpassungen möglich werden. Die Kosten müssen also überwältigt werden können.
- Es sind klare steuerliche Anreize in der Form von Abzugsmöglichkeiten der vollen Investitionskosten notwendig. In diesem Zusammenhang verweist Hans-Jürgen Ringgenberg auf die laufende Volksinitiative für eine steuerliche Begünstigung der Finanzierung baulicher Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen bei selbstgenutztem Wohneigentum.
- Nicht alle Energiestandards im Neubaubereich können bei der Sanierung von Altbauten angewendet werden. Bestimmte Standard sind bei Altbauten technisch nur mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand zu realisieren. Die Politik muss entsprechend vernünftige Rahmenbedingungen schaffen.

Der Fokus sei grundsätzlich auf investitionsfreundliche Anreizsysteme zu legen, aktionistische und kostentreibende Verwaltungsübungen seien unnötig. Bei der Beratung der in der Folge traktandierten Vorstössen werde sich die SVP in diesem Sinne verhalten.

Martin Rüegg (SP) stellt fest, die Politik stehe vor zwei Herausforderungen: Die fossilen Brenn- bzw. Rohstoffe werden bald nicht mehr zur Verfügung stehen und das Klima wandle sich, egal ob mit oder ohne menschliche Beteiligung. Mit 90 % Wahrscheinlichkeit jedoch sei der Mensch am Klimawandel beteiligt. Mit einer sinnvollen Energiepolitik könnten zwei Fliegen auf einen Schlag erledigt werden: Eine Verringerung der Abhängigkeit von Öl und Gas soll erreicht werden, mittelfristig soll diese gar auf Null heruntergeschraubt werden. Damit wird auch etwas Sinnvolles gegen die teuren Folgen des Klimawandels unternommen. Die Probleme seien global und ein gemeinsames Handeln über alle Grenzen – geografische und politische – hinweg notwendig. Ein globales Vordereken sei wichtig, gehandelt werden jedoch muss vor Ort, auch in unserem Kanton, einem kleinen Flecken Erde. Nur gemeinsam kann ein Mosaik entstehen, welches eine bessere Zukunft verspricht und die heutigen Probleme löst.

Argumente, die Probleme könnten nur in globalem Kontext gelöst werden, seien hinfällig. Die durch die Landrätinnen und Landräte vertretene Bevölkerung ist in grosser Sorge und die Politik muss ihre Verantwortung wahrnehmen. Taten und Beschlüsse mit Fleisch am Knochen seien gefragt, geprüft und berichtet wurde bereits lange genug. Von Aktionismus in unserem Kanton spürte Martin Rüegg in den letzten Jahren nichts. Auch wenn heute gewisse Motionen unterstützt werden, sei man von Aktionismus noch weit entfernt. Wenn der Landrat nun konkrete Schritte vorwärts gehe, gestalte er nicht nur die Energiepolitik, sondern er verändere auch die Wirtschaft und die Gesellschaft in die richtige Richtung.

Martin Rüegg ruft seine Kolleginnen und Kollegen dazu auf, die heutige Chance und Verantwortung wahrzunehmen sowie einige Schritte vorwärts zu tun.

Isaac Reber (Grüne) bezeichnet Karl Willimanns Vortrag zum Klimawandel als erhellend und als diplomierter Nebenfach-Geologe könne er bestätigen, dass es sämtliche oben angeführten Eiszeiten auch tatsächlich gegeben habe. Dieser Punkt werde mit Sicherheit nicht bestritten. Weiter sei es richtig, dass wir uns aktuell in einer Phase der Klimaerwärmung befinden, die natürlichen Einflüsse werden von den Grünen also nicht negiert. Es gebe jedoch immer noch Leute, welche bestreiten, dass auch menschengemachte Ursachen zum Klimawandel beitragen. Sorgen macht sich Isaac Reber darüber, dass der Mensch an etwas herumschraubt, was er nicht beherrscht. Es sei sicher besser, nun zu handeln, als darauf zu warten, dass etwas schwarz auf weiss bewiesen sei.

Isaac Reber geht mit Karl Willimann einig, dass es nicht darum gehe, Panik zu machen, sondern darum, nun zu handeln. Über Karl Willimanns Motion 2007/062 (Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Baugesetz verankern) hat sich Isaac Reber gefreut und er hofft, dass diese heute überwiesen werde.

Zum Waldsterben: Selbst wenn damals gewisse Übertreibungen gemacht wurden, so habe die Umweltdebatte der 1980er-Jahre zu Resultaten geführt. Schwefelemissionen beispielsweise seien sehr schädlich für den Wald, diese stellen heute jedoch kein Problem mehr dar. Probleme bereiten Stickstoff- und Kohlenstoff-Emissionen, welche es ebenfalls zu eliminieren gelte.

Wo steht die Schweiz heute mit ihrer Industrie und den Perspektiven für eine industrielle Zukunft? Isaac Reber ist überzeugt davon, dass nicht ökologische Wunschträume, sondern harte ökonomische Tatsachen für die Ablösung des Öls als Energieträger sorgen werden. Wird noch ein Schritt weiter gedacht, so wird klar, dass neue Energien und Energieeffizienz wichtig werden. In diesen Bereichen könnte die Schweiz ganz vorne mithalten. In diesem Weltmarktsektor liegen auch Arbeitsplätze der Zukunft. Das Kapital dazu ist in unserem Land vorhanden, das Forschungs- und Bildungsniveau ist hoch und die notwendige technologische und industrielle Tradition besteht. Es fehlt uns einzig an politischem Mut. Wir sehen zwar, dass Veränderungen anstehen und wissen auch, dass ein Land ohne Rohstoffe bei Innovationen vorne mithalten muss, die Politik bremste bisher jedoch den Innovationsschub.

Isaac Reber wünscht sich von unserem Parlament, dem Kanton und von der Schweiz, dass die Innovation befördert werde. Nach der heutigen Debatte werden die Probleme noch nicht gelöst sein, sie sei erst ein Anfang. Isaac Reber möchte auf jeden Fall, dass heute Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Paul Wenger (SVP) fragte sich im Rahmen der Vorbereitungen zur heutigen Sitzung, was er als normaler Landrat zur Debatte beitragen könne. Er forderte verschiedene Unterlagen an und ihm fiel dabei auf, dass Energie für alle auch ein Milliardengeschäft sei. Gewisse börsenkotierte

Unternehmen aus dem Umweltbereich haben ihre Kurszuwächse innert Monaten vervierfacht. Dabei seien Finanzmechanismen im Spiel, welche eine solche Entwicklung aktiv beeinflussen. Ob es sich nun um ein Solar- oder ein Biogasunternehmen, einen Windturbinenhersteller oder konventionelle Stromerzeuger handle, letztlich wollen alle Geschäfte machen.

Der Handlungsbedarf sei unbestritten, vermutlich werde man aber in den nächsten 30 bis 50 Jahren nicht darum herum kommen, auch noch mit konventionellen Energiequellen auszukommen. Selbst wenn heute alles beschlossen würde, was als positiv beurteilt wird, sei dieser Zeithorizont realistisch. Paul Wenger ist überzeugt davon, dass die Schweiz in den naturwissenschaftlichen Bereichen das nötige Fachpersonal gar nicht hätte, um alle neuen Produkte innert vernünftiger Zeit herzustellen. Zudem müsste die Logistik der Produktion heraufgefahren werden, was in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren wohl nicht möglich sei. Bei der Diskussion der Vorstösse im Bereich Energie am heutigen Nachmittag müsse daher auch die Machbarkeit in unserem Kanton und in der Schweiz ins Auge gefasst werden.

Madeleine Göschke (Grüne) dankt als erstes der EBL sowie dem Zufall für die gestrige Veranstaltung mit Joschka Fischer, welche den heutigen Tag wunderbar einläutete. Wer die Referate gestern hörte, weiss, was heute (und nicht morgen) getan werden muss. Joschka Fischer meinte, prüfen bedeute für ihn: "Na ja, wir haben mal darüber gesprochen." Deshalb bittet Madeleine Göschke darum, das von allen Parteien eingereichte Bündel an Vorstössen als Motionen zu überweisen, mit Ausnahme selbstverständlich derjenigen von Landrat Patrick Schäfli (FDP) (2007/084: Verfassungsänderung: Änderung von Paragraph 115 in der Baslerbieter Kantonsverfassung: Streichung des Anti-Kernenergieparagrafen verlangt!).

Dominik Straumann (SVP) bezeichnet es als unabdingbar, das Thema erneuerbare Energien ernst zu nehmen. Die SVP stehe zu 100 % hinter den erneuerbaren Energien. Der Ausbau von Sonnenkollektoren oder der Bau von Windenergieanlagen scheitere oft an der Tatsache, dass solche Vorhaben nicht im Einklang mit dem Naturschutz stehen. Auch eine Erweiterung des Kraftwerks Birsfelden wurde vor einigen Jahren abgelehnt. Er persönlich befürworte derartige Projekte und auch entsprechende Anreizsysteme anstelle von Steuererhöhungen. Jede Bewohnerin und jeder Bewohner soll selbst etwas beitragen und dezentral Verantwortung wahrnehmen.

Dominik Straumann stört es beispielsweise, dass Investitionen zur Energiegewinnung in Liegenschaften, beispielsweise Warmwassergewinnung mittels Sonnenkollektoren, während der ersten fünf Jahre nach Erwerb der Liegenschaft steuerlich nicht abzugsberechtigt sind. Hinter einer solchen Regelung sieht er, im Gegensatz zu wertvermehrenden Investitionen, keinen Sinn.

Wie oben bereits mehrfach erwähnt, werde man in der nächsten Zukunft noch nicht von fossilen Brennstoffen unabhängig werden, trotzdem müssen erneuerbare Energien und Energieeffizienzmassnahmen unbedingt unterstützt und stark gefördert werden.

Eric Nussbaumer (SP) nimmt zu den Ausführungen des Regierungsrates Stellung. Dieser betonte, er habe sich mit der Energiestrategie intensiv befasst. Eric Nussbaumer nimmt dies positiv zur Kenntnis, wundert sich aber über die Tatsache, dass die Regierung trotzdem nicht wisse, ob sie verbindliche Motionen übernehmen wolle oder nicht, denn sämtliche Motionen sollen laut Regierung als Postulate überwiesen werden. Wenn man sich mit einer Problematik intensiv befasst habe, müsste man laut Eric Nussbaumer in der Lage sein, eine Motion entweder klar abzulehnen oder zu übernehmen.

Sehr positiv sei die Tatsache, dass die Regierung ein Förderprogramm im Bereich der energetischen Sanierung von Gebäuden auflegen will. Hier müsste die Regierung jedoch noch deutlicher aufzeigen, mit welchen Mitteln, Instrumenten und gesetzlichen Rahmenbedingungen dieser Bereich vorangebracht werden soll.

Als sehr störend bezeichnet Eric Nussbaumer die Ausführungen der Regierung zur Atomenergie. Die Regierung wolle die Abhängigkeit der Schweiz im Bereich von Brennstoffen, Öl und endlichen Ressourcen verringern. Gleichzeitig führte Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) aus, wir blieben dank der Atomenergie unabhängig. Woher stammt aber der Brennstoff für die Kernkraftwerke? Gibt es beispielsweise in Liechtenstein Uranschnüffungen? Es handle sich hier um Augenwischerei, welche mit der vorausgesagten Sachlichkeit der Debatte in keinem Zusammenhang stehe. Auch die Atomenergie sei eine Abhängigkeitstechnologie.

Eric Nussbaumer wäre froh über genauere Aussagen, bis wann die Regierung dem Parlament die Energiestrategie vorlegen wolle, denn bisher werde deren Überweisung "im Verlaufe der Legislatur" angekündigt. Wenn sich der Regierungsrat so intensiv mit der Sache befasst habe, müsste eine Überweisung im Laufe des nächsten Jahres wohl möglich sein.

Zur Zwangsmassnahmen-Argumentation der SVP: Den Ausführungen, alle gesetzgeberischen Rahmenbedingungen immer auf Zwangsmassnahmen zu reduzieren, kann Eric Nussbaumer nicht folgen. Er empfiehlt Thomas de Courten (SVP), auch seinem Regierungsrat gut zuzuhören. Dieser erklärte nämlich klar, dass es nicht nur um einen Kampf für die CO₂-Minderung gehe, sondern dass auch die Beseitigung der bereits eingetroffenen Schäden durch den Klimawandel eine Herausforderung darstelle. Zu sagen, eine regulatorische Bestimmung zum Ausbau der Energieeffizienz oder zur Steigerung erneuerbarer Energien sei eine Zwangsmassnahme, gleichzeitig aber Zwangsmassnahmen bei der Beseitigung von Schäden mittels Steuergeldern hinzunehmen, erscheint Eric Nussbaumer als Sackgassenpolitik.

Übrigens besteht die CO₂-Abgabe in der Schweiz nicht dank der SVP, denn wenn es nach ihr gegangen wäre, hätte man in Bundesbern in den letzten vier Jahren überhaupt keinen Schritt nach vorne gemacht.

Eric Nussbaumer ist es ein grosses Anliegen, Stetigkeit in die Energie- und Umweltpolitik hineinzubekommen. Stetigkeit sei für die Wirtschaft und die Gesellschaft am besten, am schlimmsten sei es, jahrelang einfach zuzuschauen und dann einen radikalen, grossen Schritt zu vollziehen. Dies würde unserer Volkswirtschaft schaden. Der Absenkpfad bei der Energieeffizienz soll für Investoren und alle in der Wirtschaft tätigen Personen bekannt sein, zudem sollen Preissignale beim Verbrauch fossiler Energien gesetzt werden. Heute wird darüber diskutiert, wie ein richtiges Preissignal politisch gesteuert werden kann.

Jemand, der die Umwelt verbraucht, muss heute dafür nichts bezahlen. Dies jedoch könne nicht die Strategie für die nächsten Jahrzehnte sein, es müssen neue Lösungen gesucht werden, wie durch förderliche Rahmenbedingungen und regulatorische Eingriffe das Preissignal so gesetzt wird, dass die Investitionen in die richtige Richtung gelenkt werden. Die Formulierung, man solle erneuerbare Energien so weit als möglich einsetzen, reiche nicht. Es müsse mit dem richtigen Preissignal für jede Person klar werden, dass er oder sie blöd wäre, nicht in die neuen Technologien zu investieren.

Mit diesem Ziel vor Augen könne auch eine Stetigkeit in die Politik gebracht werden, welche uns voranbringen wird.

Mit **Peter Holinger** (SVP) ergreift ausnahmsweise auch der Vizepräsident des Landrates das Wort und äussert sich zum Thema Gewerbe und Wirtschaft. Die Energie sei auch für das Gewerbe und die Wirtschaft von sehr grosser Bedeutung. Die künftigen Entwicklungen stellen einerseits eine grosse Chance dar, denn es werden Arbeit sowie neue Arbeitsplätze generiert und neue Technologien werden entwickelt (neue Kraftwerke und Isolationen, Sanierung bestehender Kraftwerke und Gebäude, Neubauten mit Minergiestandard, etc.). Überhöhte Energiepreise und viele Regulierungen hingegen führen zur Abwanderung von Firmen und können zur Verlegung von Arbeitsplätzen ins Ausland führen.

Die Schweizer Wirtschaft bezahlt jährlich eine Milliarde Schweizerfranken mehr, weil das EMG 1 (Elektrizitätsmarktgesetz) wegen der Opposition linker Kreise abgelehnt wurde. Die geradezu explodierenden Benzin- und Dieselpreise belasten jeden KMU, denn die meisten sind auf Fahrzeuge angewiesen. Staus wirken sich ebenfalls negativ aus, denn dadurch wird der Treibstoffverbrauch erhöht und Arbeitszeit geht verloren. Ebenfalls markant angestiegen seien die Heizkosten, welche die Budgets der KMU belasten.

Die Wirtschaft ist auf günstige Energie angewiesen, der gewerbliche und private Energiekonsum werde auch in Zukunft weiter steigen. Eine Stromlücke sei absehbar, trotzdem dürfe keine Überregulierung stattfinden, da Fir-

men sonst abwandern und Arbeitsplätze verschwinden. Das Gewerbe stehe den erneuerbaren Energien und auch den neuen, erneuerbaren Energien (Wind, Biomasse, etc.) sehr wohlwollend gegenüber und sieht darin auch grosse Chancen, jedoch soll die Eigeninitiative im Vordergrund stehen. Anreize über Regulierungen wie den Klimarappen seien zwar positiv, sie dürfen aber nicht übermässig eingesetzt werden.

Peter Holinger berichtet, eine Erbegemeinschaft, an welcher er beteiligt sei, habe zwei Häuser gebaut und diese mit Sonnenkollektoren, Pelletsheizung, Regenwassernutzung, Dreifachverglasung, etc. ausgerüstet. Es erweise sich nun aber als nicht einfach, diese Häuser an den Mann und die Frau zu bringen und die Mehrkosten zu überwälzen.

Am zweiten Schweizerischen Luftfahrtkongress, welcher am Vortag in Basel stattfand, äusserte sich das altersmässig jüngste Mitglied des Bundesrates, Doris Leuthard, folgendermassen: Eine Klima- und Umweltpolitik der Schweiz im Alleingang bringe nichts. Peter Holinger schliesst sich dieser Meinung an.

Übrigens: Das Landratsgebäude wurde bis vor Kurzem mit Abwärme der Brauerei Ziegelhof beheizt. Leider sei dies nicht mehr der Fall und geheizt werde nun mit einem Öl-Lastspitzenkessel. Peter Holinger hofft, in Luzern werde man die Abwärme des bis anhin in Liestal produzierten Biers ebenfalls wieder nutzen.

Regierungsrat **Jörg Krähenbühl** (SVP) bezeichnet die heutige Diskussion als interessant, jedoch sagen gewisse Leute nur das, was sie hören wollen. Vor allem werde all das, was bereits getan wurde, ignoriert.

Zu Eric Nussbaumer: Die Regierung und die Verwaltung haben sich intensiv mit der Energiestrategie auseinandergesetzt. Es soll aber auch die Meinung des Landrates einbezogen werden und Jörg Krähenbühl kann sich vorstellen, was er sich hätte anhören müssen, wäre man anders vorgegangen. Die Regierung will die heute traktandierten Motionen als Postulate entgegennehmen und im Dialog mit den Fachleuten der Verwaltung, mit den Kommissionen und dem Landrat die bereits im Entwurf vorliegende Strategie erarbeiten. Es wird die Strategie 2008 bis 2011 erarbeitet, was jedoch nicht bedeutet, dass diese erst im Jahr 2011 verabschiedet wird. Die zuständigen Mitarbeitenden der Verwaltung sind heute auf der Zuschauertribüne anwesend, um die Stimmung im Landrat zu spüren. Gleich am nächsten Tag wird eine Sitzung zum weiteren Vorgehen stattfinden, es wird also nicht bis 2011 gewartet.

Zur Aussage, in Deutschland habe eine Verdoppelung der Produktion erneuerbarer Energie stattgefunden: Jörg Krähenbühl bezeichnet sich als Fan der Windenergie und bei einem Aufenthalt auf der Mecklenburgischen Seenplatte vor rund zwölf Jahren sah er auch zum ersten Mal ein Windkraftwerk. Die Voraussetzungen dort sind aber nicht die gleichen wie in der Schweiz. Wo soll Windenergie gewonnen werden? Sofort werde man in Konflikte mit Natur- und Landschaftsschützern verwickelt sein.

Der Landrat müsse gemeinsam mit der Regierung festlegen, in welche Richtung die Energiepolitik gehen soll. Dabei dürfe aber die Ökonomie nicht ausser Acht gelassen werden. Seit 1999 bestehe in Basel-Landschaft eine Förderpolitik, die EBM und die BKW wurden eingebunden und Globalbeiträge des Bundes bestehen ebenfalls. Der neue Klimarappen wird in der Eidgenossenschaft rund 320 Mio. Franken generieren. Das Volk habe es abgelehnt, dass der Kanton noch mehr Mittel in die Förderpolitik investiert. Es werde auch mit den bestehenden Voraussetzungen möglich sein, tolle Ziele zu erreichen.

Zur Abhängigkeit vom Ausland: Uran wäre auch in der Schweiz abbaubar. Zudem kann Uran zwischengelagert werden, was einen Unterschied zur Abhängigkeit von Öl oder Erdgas darstellt.

Zum weiteren Vorgehen: Die Energiestrategie soll so schnell als möglich umgesetzt werden. Die Grundlagen werden den Kommissionen unterbreitet und die entsprechenden Fachleute zur Verfügung gestellt, dies wurde jedoch absichtlich nicht vor dem heutigen Tag getan, schon gar nicht sollten Leute im Infoheft der kantonalen Verwaltung vor dem heutigen Tag Position beziehen. Das Infoheft soll die Landratsdebatte nicht ersetzen, denn sonst könnte der Landrat gleich abgeschafft werden.

Bei einigen der heute traktandierten Vorstössen müssten auch die Gemeinden einbezogen werden, weshalb der Regierungsrat diese als Postulate entgegennehmen will. Gemeinsam mit dem Parlament soll eine gute Energiestrategie für unseren Kanton erarbeitet werden.

Isaac Reber (Grüne) will zwei Dinge nicht unwidersprochen im Raum stehen lassen: Ihm seien keine abbauwürdigen Uranvorkommen in der Schweiz bekannt. Wichtiger erscheinen ihm aber Aussagen, dass Landschaftsschützer den Bau eines Windkraftwerks verhindern würden. Jetzt gelte es, Nägel mit Köpfen zu machen! Gab es in unserem Kanton je einen Versuch, ein Windkraftwerk zu bauen? Wehrte sich schon je ein Landschaftsschützer dagegen? Bisher gab es keine solchen Versuche, trotzdem werde immer vorgeschoben, ein solches Projekt würde durch Landschaftsschützer bekämpft. Isaac Reber bezeichnet sich selbst als Landschafts- und Naturschützer und er verlangt ein Ende der Schuldzuweisungen, so lange kein konkretes Projekt vorliege. Er selbst würde die Einrichtung eines Windkraftwerks unterstützen, jedoch fehle es offenbar am Mut, ein konkretes Projekt in Angriff zu nehmen.

Regierungsrat **Jörg Krähenbühl** (SVP) betont, die Bestrebungen für ein Windkraftwerk in Titterten würden vom Kanton unterstützt. Bereits liegen ihm aber auch drei Briefe von Landschaftsschützern vor, welche diesbezügliche Fragen stellen und sich gegen das Windkraftwerk einsetzen werden. Der Kanton stehe hinter dem von der Gemeinde initiierten Windkraftwerk.

*Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei*

*

Begründung der persönlichen Vorstösse

Nr. 135

2007/270

Motion der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Senkung der Vermögenssteuer ist vordringlich

Nr. 136

2007/271

Motion von CVP/EVP-Fraktion vom 1. November 2007: Standesinitiative gegen EU-Schlachttransporte auf Schweizer Strassen

Nr. 137

2007/272

Motion von Jürg Wiedemann vom 1. November 2007: Einsatz von Fachlehrkräften an der Primarschule in den Fremdsprachen Französisch und Englisch

2007/273

Postulat von Marianne Hollinger vom 1. November 2007: Weg vom steuerbaren Einkommen als Grundlage für Subventionen

Nr. 138

2007/274

Postulat von Siro Imber vom 1. November 2007: Aufhebung der SMOG-Verordnung

Nr. 139

2007/275

Interpellation von Marianne Hollinger vom 1. November 2007: Kindesentführung -Alarmsystem auch in der Schweiz?

Nr. 140

2007/276

Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 1. November 2007: Risiken des Lastwagen - Transitverkehrs

*Für das Protokoll:
Andrea Maurer, Landeskanzlei*

Budgetanträge

Nr. 141

2007/223/01

Budgetantrag der CVP/EVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 311.5 Maschinen, Apparate, Instrumente, Werkzeuge

Nr. 142

2007/223/02

Budgetantrag der CVP/EVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 318.2 Berater, Gutachter, Experten, externe Ausbildungsreferenten, Schlichtungsstelle

Nr. 143

2007/223/03

Budgetantrag der CVP/EVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 318.9 übrige Dienstleistungen Dritter

Nr. 144

2007/223/04

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 4100.30120 Ombudsman

Nr. 145

2007/223/05 Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 4100.31610 Ombudsman, Miete und Pacht Liegenschaft

Nr. 146

2007/223/06

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2101.301.20 Zentrale Informatik

Nr. 147

2007/223/07

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2120.30120 Steuerverwaltung

Nr. 148

2007/223/08

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2127.30120 Personalamt

Nr. 149

2007/223/09

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2300.301.80 Generalsekretariat, Löhne

Nr. 150

2007/223/10

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2343.31350 Fahrzeug- Treibstoff und -schmiermittel, Konto 2343.43550 Verkauf Treibstoffe

Nr. 151

2007/223/11

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2350.318.20 Berater, Gutachter, Experten

Nr. 152

2007/223/12

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2355.314.60 Unterhalt von kantonalen Naturschutzgebieten

Nr. 153

2007/223/13

Budgetantrag von Kathrin Amacker vom 1. November 2007: Konto 2357.364.00 Beiträge an gemischtwirtschaftlichen Unternehmen

Nr. 154

2007/223/14

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2400.30120 Generalsekretariat, Löhne

Nr. 155

2007/223/15

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2420. Staufachstelle

Nr. 156

2007/223/16

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2520.317.100 Spesen

Nr. 157

2007/223/17

Budgetantrag der CVP/EVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 31750 Schulveranstaltungen (Reisen, Lager, Exkursionen)

Nr. 158

2007/223/18

Budgetantrag der FDP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 309.10 Allgemeine Ausbildung

Nr. 159

2007/223/19

Budgetantrag von Elsbeth Schmiech vom 1. November 2007: Konto 2662.30120 Kantonsbibliothek

Nr. 160

2007/223/20

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Konto 2571.30130 Archäologie und Kantonsmuseum, Konto 2571.30180 Löhne

Nr. 161

2007/223/21

Budgetantrag der SVP-Fraktion vom 1. November 2007:
Konto 4000.311.80 Informatik

Zu allen Vorstössen und Budgetanträgen keine Wortbegehren.

Für das Protokoll:

Andrea Maurer, Landeskanzlei

*

Ende der Vormittagssitzung: 12.10 Uhr

Nr. 162

Überweisungen des Büros

Landratspräsidentin **Esther Maag** gibt Kenntnis von folgenden Überweisungen:

2007/263

Bericht des Regierungsrates vom 23. Oktober 2007: Genehmigung der Regulierung der Grenze mit dem Kanton Solothurn in den Gemeinden Arlesheim / Dornach, Bahnhofgebiet; **wird direkt behandelt**

2007/264

Bericht des Regierungsrates vom 23. Oktober 2007: Postulat von Robert Ziegler, SP: Berufliche Integration (2006/288); Abschreibung; **an die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission**

2007/265

Bericht des Regierungsrates vom 23. Oktober 2007: Postulat 1991/279 betreffend Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden von Annemarie Spinnler vom 11. Dezember 1991; Abschreibung; **an die Finanzkommission**

2007/266

Bericht des Regierungsrates vom 23. Oktober 2007: Nichtformulierte Gemeindeinitiative über Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen vom 23. Juni 1999; **an die Finanzkommission**

2007/267

Bericht des Regierungsrates vom 30. Oktober 2007: Postulat von Jacqueline Simonet vom 6. April 2006: Revision des Steuergesetzes; Abzug von Zeitspenden analog zu "freiwilligen Zuwendungen"; Abschreibung; **an die Finanzkommission**

2007/268

Bericht des Regierungsrates vom 30. Oktober 2007: Umwidmung und Ersatzbeschaffung (Einmietung) für den Polizeistützpunkt Binningen; **an die Bau- und Planungskommission**

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 163

Mitteilungen

– *Urteil des Kantonsgerichts*

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) gibt bekannt, das schriftliche Urteil des Kantonsgerichts in Sachen Dr. Battegay gegen den Landrat liege beim Landschreiber zur Einsicht vor.

– *Begrüssung von Büromitglied Beatrice Fuchs*

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) begrüsst das trotz einer Entschuldigung anwesende Büromitglied Beatrice Fuchs und bittet sie, auf dem Sitz von Thomas Bühler, der sie heute im Büro ersetzt, Platz zu nehmen.

– *Aufruf zur Kürze*

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) weist darauf hin, dass Geschäfte, die heute nicht mehr behandelt werden können, erst im nächsten Jahr wieder traktandiert würden, und bittet deshalb um eine zügige und disziplinierte Debatte.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 164

1 2007/071

Interpellation von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: 2000-Watt Gesellschaft – konkrete Schritte in unserem Kanton. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2007

Eric Nussbaumer (SP) beantragt Diskussion.

://: Dem Antrag wird stattgegeben.

Bevor sie die Diskussion eröffnet, begrüsst **Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) auf der Tribüne des Landratssaales eine Klasse des KV Muttenz unter der Leitung von Barbara Hug.

Eric Nussbaumer (SP) dankt der Regierung für ihre Antworten. Er hat mit Genugtuung festgestellt, dass die Regierung der Meinung ist, weitergehende Massnahmen im Bereich Klimaschutz seien notwendig, und dass sie sich auch am Szenario IV «Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» orientieren will.

Die Regierung ist der Meinung, dass im Gebäudebereich diese Zielsetzung sogar vor 2050 erreicht werden kann. Das ist erfreulich, und es wäre gut, wenn dazu beim nächsten Traktandum die ersten konkreten Schritte gemacht würden und der Rat die Zielsetzung auch verfassungsrechtlich verankern würde.

Der Interpellant stellt fest, dass die Regierung einen Absenkpfad beim Gebäudestandard für nötig halte, und freut sich darüber sehr – diese Haltung war nämlich in den letzten fünfzehn Jahren nicht sichtbar. In der vorliegenden Interpellationsbeantwortung klingt nun an, dass ein solcher Absenkpfad bei den Isolations- bzw. Dämmungsvorschriften umgesetzt werden soll. Etwas verwirrend ist hingegen, dass im gleichen Satz auch wieder steht, Vorschriften seien keine so gute Sache. Aber ein Absenkpfad kann nur verwirklicht werden, wenn dies auch verordnungsmässig umgesetzt wird – dazu wird die Regierung ermuntert.

Mit grosser Genugtuung wird von der Antwort auf Frage 3 Kenntnis genommen, wonach sich die Regierung unmissverständlich für eine Abgabe einsetzen werde. Sie will nicht erst abklären, ob sie eine solche Abgabe gut fände, sondern da sie sich für das Szenario IV einsetzt, steht sie auch hinter entsprechenden Lenkungsabgaben. Der Antwort ist deutlich zu entnehmen, dass es diesbezüglich zu einer Klärung der regierungsrätlichen Position gekommen ist.

Etwas verwirrend ist, dass die Regierung im Neubaubereich den von Experten vorgeschlagenen Ansatz, dass ein Anteil von erneuerbaren Energien eingesetzt werden soll, vor sich hin schieben möchte. Dabei gibt es nichts einfacheres, als bei Neubauten auf eine klare Regulierung zugunsten erneuerbarer Energien zu setzen. Bei Neubauten ist das sehr viel einfacher möglich als bei Sanierungen.

Auf Frage 6 weicht die Regierung aus mit dem Hinweis, diese Frage könne erst nach der Erarbeitung einer Baseline-Energiestrategie beantwortet werden. Ist die Regierung der Meinung, dass dies mit der heutigen Debatte geklärt werden kann, oder geht es darum, dass die Regierung diese Debatte erst noch mit Fachleuten führen muss?

Simon Trinkler (Grüne) teilt die Auffassung des Regierungsrates, dass es notwendig sei, im Gebäudebereich sofort sehr aktiv zu werden. In der Antwort auf die Interpellation ist aber vieles sehr unklar formuliert. Zwar enthält sie Absichtserklärungen etwa zu steuerlichen Anreizen, aber keinerlei konkrete Massnahmen und klare Zahlen: Welche Massnahmen sollen ganz genau mit welchem Betrag gefördert werden? Weil solche klaren Angaben fehlen, befriedigt die regierungsrätliche Antwort nicht ganz. Die Grünen begrüssen aber, dass immerhin die Wichtigkeit des Ziels der 2000-Watt-Gesellschaft anerkannt wird und dass die Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs um 35 % angestrebt wird.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) antwortet auf Eric Nussbauers Frage: Die kantonale Energiestrategie soll jetzt, quasi als Nachbearbeitung dieser Landratsdebatte, in Angriff genommen werden. Konkrete Angaben, wie viel Geld wofür eingesetzt werden soll, werden in diesem Rahmen entwickelt.

://: Damit ist die Interpellation 2007/071 erledigt.

Für das Protokoll:

Alex Klee-Böckow, Landeskanzlei

*

Nr. 165

2 2007/061

Motion von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich

Laut **Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) ist die Regierung bereit, den Vorstoss in der Form eines Postulats entgegenzunehmen.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) begründet dies damit, dass das Postulat, mit vielen anderen, zusammen mit Fachleuten und mit dem Landrat im Rahmen der künftigen Energiestrategie aufgenommen werden soll. Wenn diese vorliegt, soll das Parlament dann Nägel mit Köpfen machen.

Eric Nussbaumer (SP) macht seinen Ratskolleginnen und -kollegen beliebt, seinen Vorstoss als Motion zu überweisen. Die Regierung will, so war das Votum des Bau- und Umweltschutzdirektors wohl zu verstehen, Klarheit in verschiedenen Fragen anstreben, so etwa zur Frage, ob sie auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft konsequent vorangehen solle. Die Motion besagt, dass genau diese Richtung in die Verfassung aufgenommen werden solle. Darauf aufbauend, sollen danach energiepolitische Massnahmen aufbauen.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl ist anscheinend daran interessiert, dass das Parlament eine Klärung vornimmt, ob er gestärkt werden soll, auf dem Weg in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft voranzugehen. Es ist wichtig, dieses Ziel in die Verfassung aufzunehmen.

Der Motionär betont ausdrücklich, es sei für ihn nicht relevant, dass exakt die von ihm vorgeschlagene Formulierung in die Verfassung aufgenommen wird. Entscheidend ist, ob das, was heute Morgen von allen Seiten gesagt worden ist, in der Verfassung verankert werden soll. Wer das will, muss der Motion zustimmen.

Urs Hess (SVP) kann der Argumentation der Regierung folgen. Die SVP-Fraktion würde einem Postulat zustimmen, eine Motion aber ablehnen. Die Regierung soll alle Anliegen einmal aufnehmen, zusammenfassen und einen Vorschlag zur Umsetzung dem Parlament unterbreiten. Der Landrat kann dann die entsprechende Gesetzgebung vornehmen.

Hanspeter Frey (FDP) teilt mit, auch die freisinnige Fraktion sei gegen die Motion – obschon die Regierung in der Antwort auf die Interpellation 2007/071 die Erreichung des Ziels 2000-Watt-Gesellschaft per 2050 oder sogar früher für machbar hält. Aber dieses genaue kalendarische Ziel, das von Fachleuten des Bundes in Frage gestellt wird, sollte nicht in der Verfassung festgeschrieben werden. Es sollte zweistufig vorgegangen werden: Im Rahmen der Energiestrategie sollte die Regierung prüfen und aufzeigen, ob diese Forderung umsetzbar ist. Und dann kann der Landrat die nötigen Schritte unternehmen.

Kathrin Amacker (CVP) ruft in Erinnerung, dass die Schweiz 1960 eine 2000-Watt-Gesellschaft war, dass aber seit dann der Pro-Kopf-Verbrauch auf ungesunde Art und Weise auf über 5000 Watt gestiegen ist. In der Tat sind die Schweiz – und insbesondere das Baselbiet – klein, aber trotzdem besteht Handlungsbedarf.

Nicht alle Energie wird tatsächlich gebraucht, sondern zwei Drittel der Primärenergie gehen bei der Energieumwandlung verloren. Das ist nicht effizient.

Der Match um fossile Energien steht schon in der zweiten Halbzeit, und nun muss man sich langsam überlegen, wie es nach dem Abpfiff weitergehen soll. Die kantonale Politik hat insbesondere Einfluss auf die Energieeffizienz von Gebäuden, und genau darauf zielt die Motion ab. Man muss endlich aufhören, beim Warmduschen Öl zu verbrennen!

Die CVP/EVP-Fraktion steht hinter dem Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft und will die Energieeffizienz von Gebäuden verbessern. Sie will kein weiteres «Prüfen und Berichten», sondern sie will Ziele setzen, verfolgen und erreichen. Deshalb unterstützt sie die Überweisung der Motion. *[Bravo-Rufe und Klopfen aus Reihen der SP und der Grünen]*

Die Grünen überweisen den Vorstoss selbstverständlich als Motion, sagt **Philipp Schoch** (Grüne) – und zwar nur als Motion. Denn es braucht jetzt starke Signale.

In der Demokratie ist es nun einmal so, dass entweder das Volk oder die Volksvertretung der Regierung Aufträge erteilen. Diese müssen klar und griffig sein, insbesondere angesichts eines grossen Problems. Deshalb müssen nun mittels Motionen der Regierung verbindliche Aufträge erteilt werden, statt sie nur zum Prüfen und Berichten einzuladen. Nicht Reden ist gefragt, sondern Machen!

Karl Willimann (SVP) stimmt mit der Zielrichtung von Eric Nussbaumers Motion eigentlich überein. Aber er hielte es nicht für stufengerecht, Zahlen in die Verfassung aufzunehmen. Denn wer sagt, dass es nicht in fünf oder zehn Jahren schon wieder eine ganz andere Vision bezüglich Energiesparmassnahmen gibt und ob man dann immer noch von der «2000-Watt-Gesellschaft» spricht? Oder sollte, um nur ein weiteres Beispiel zu nennen, beispielsweise ein Wärmedurchgangskoeffizient in die Verfassung geschrieben werden? Das Parlament sollte sich davor hüten, aus einer gewissen Euphorie heraus Entscheide zu treffen, die schlicht nicht stufengerecht sind.

In die Verfassung kommen keine Zahlen, sondern Ziele, hält **Ruedi Brassel** (SP) seinem Vorredner entgegen. Und das Ziel besteht darin, die Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft bis 2050 zu erreichen. Das ist, nach Auskunft des Regierungsrats, möglich – unter Umständen sogar noch früher, wie es in der Vorlage 2007/071 heisst. Wenn das Ziel schneller als in der Verfassung festgehalten erreicht werden kann, hat bestimmt niemand etwas dagegen. Und auch über das Technische, d.h. über die Art und Weise, wie das Ziel erreicht werden soll, steht nichts in der Verfassung. Dazu ist sie nicht da, sondern für die Festlegung strategischer Ziele.

Eric Nussbaumer hat klar gesagt, dass er nicht auf einen bestimmten Wortlaut besteht, sondern dass es ihm um den Inhalt geht.

Einen Wärmedurchgangskoeffizienten würde **Eric Nussbaumer** (SP) selbstverständlich nicht in die Verfassung schreiben wollen, antwortet dieser auf Karl Willimanns Frage. Vielmehr soll in der Verfassung ein Ziel formuliert werden, und aufgrund dieses Zieles müssen danach energiepolitische Massnahmen festgelegt werden. Die Zielsetzung lautet, dass im Jahr 2050 die 2000-Watt-Gesellschaft verwirklicht sein soll.

Der Motionär ist offen für andere Formulierungen; er ist aber nicht offen dafür, einfach zu sagen, die Energieeffizienz sei sehr wichtig und habe – wie sogar Thomas de Courten am Morgen bestätigt hat – ein sehr grosses Potenzial, dann aber nichts dafür zu unternehmen, dieses Ziel zu verwirklichen.

Eric Nussbaumer würde es sehr begrüessen, wenn auch Karl Willimann seiner Motion zustimmen würde, und kündigt gleichzeitig an, dafür nachher dessen Motion zu unterstützen. *[Heiterkeit]*

Thomas de Courten (SVP) hat am Vormittag schon gesagt, dass man sich darauf besinnen sollte, was bereits in der Verfassung steht. Was Eric Nussbaumer verlangt, nämlich dass in der Verfassung festgeschrieben ist, der Kanton gehe mit der Energie sorgfältig und effizient um, steht bereits heute in der Verfassung. *[Zwischenrufe von der SP-Seite: «Vorlesen!»]*

Zum Thema Energieversorgung besagt § 115 Absatz 1 der Verfassung:

Kanton und Gemeinden fördern eine sichere, volkswirtschaftlich optimale und umweltgerechte Versorgung mit Energie sowie deren sparsame und wirtschaftliche Verwendung.

Wenn man «sparsam und wirtschaftlich» mit «effizient» übersetzt, entspricht diese Bestimmung genau dem, was Eric Nussbaumer fordert. Er will nun nur noch konkrete Zahlen dazu in die Verfassung aufnehmen, aber das wäre – wie Karl Willimann zurecht dargelegt hat – nicht stufengerecht. Solche Zielwerte muss der Regierungsrat in seine Strategie aufzunehmen – und das hat er bereits angekündigt –, aber sie haben in der Verfassung nichts zu suchen. Der Grundsatz, dem der Kanton nachleben will, ist heute bereits darin enthalten.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) ist überrascht über das Votum von Landrat Eric Nussbaumer. Wird seine Motion überwiesen, ist der Regierungsrat verpflichtet, seine Formulierung 1:1 umzusetzen.

Wer der Meinung ist, der Vorstoss ziele in die richtige Richtung, solle ihn als Postulat überweisen, damit die Regierung Vorschläge machen kann, wie die konkrete Umsetzung aussehen könnte.

Eric Nussbaumer (SP) ist immer wieder erstaunt, dass die Regierung, wenn sie vom Parlament eine Motion überwiesen bekommt, glaubt, nicht mehr selber denken zu dürfen. Die Regierung ist selbstverständlich sehr frei in der Umsetzung einer Motion – dies zeigt sich etwa am Beispiel der familienergänzenden Kinderbetreuung: 1999 hat der Landrat eine Motion überwiesen, mit der die Regierung beauftragt wurde, ein Konzept zu erarbeiten. Die Regierung hat aber kein Konzept, sondern gleich ein Gesetz vorgelegt.

Eric Nussbaumer möchte der Regierung ausdrücklich den Freiraum geben, die Vorlage so zu gestalten, wie sie es für richtig hält. Die Exekutive soll nicht so tun, als ob sie keinerlei Handlungsspielraum habe. Der Motion kann durchaus zugestimmt werden.

://: Der Landrat überweist die Motion 2007/061 mit 43:36 Stimmen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.26]

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 166

3 2007/067

Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Erarbeitung einer kantonalen Energieeffizienz-Strategie

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) teilt mit, dass die Regierung zur Entgegennahme des Postulats bereit sei, und stellt fest, die Überweisung werde nicht bestritten.

://: Das Postulat 2007/067 wird stillschweigend überwiesen.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 167

4 2007/062

Motion von Karl Willimann vom 22. März 2007: Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Baugesetz verankern

Die Regierung möchte den Vorstoss, wie **Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) mitteilt, nur als Postulat entgegennehmen.

Auch diesen Vorstoss möchte er, so erklärt **Regierungsrat Jörg Krähenbühl** (SVP), im Rahmen der Erarbeitung der Energiestrategie aufnehmen.

Karl Willimann (SVP) hat versucht, in seiner Motion aufzuzeigen, was heute möglich wäre, wenn man es mit der Verbesserung der Energieeffizienz ernst meint. Die Standards für Gebäudedämmung können rasch so formuliert werden, wie es die modernste Technologie erlaubt: So kann der Wärmeverlust ganz massiv reduziert werden, insbesondere bei Neubauten. Zur Wärmeengewinnung drängt sich heute tatsächlich die Nutzung der Sonnenenergie auf. Es ist möglich, während acht Monaten im Jahr in den hiesigen Breitengraden die Wärmeengewinnung mittels Sonnenkollektoren sicherzustellen – auch wenn es natürlich trotzdem eine stromgetriebene Umwälzpumpe braucht. Diese Massnahmen sind rasch umsetzbar; so soll besonders die Sanierung von Altbauten, also von eigentlichen Energieschleudern, gefördert werden mit einem Anreizsystem. Was weniger rasch umsetzbar ist, soll trotzdem in Angriff genommen werden, indem ein Konzept – zwecks späterer Umsetzung im Baugesetz – erarbeitet wird, das aufzeigt, wie bei Industriebauten die Energieeffizienz verbessert und umgesetzt bzw. wie bei bestehenden Altbauten innert einer Übergangsfrist von 25 Jahren die Vornahme von Energieeffizienzmassnahmen umgesetzt werden kann.

Mit dem Anliegen der Stufengerechtigkeit lasse sich, so der Motionär selbstkritisch, die Formulierung «Vorschrift von anerkannten Minergiestandards» nicht vereinbaren. Denn der Minergiestandard ist keine anerkannte SIA-Norm. Die Wortwahl sollte deshalb angepasst werden.

Thomas Schulte (FDP) steht mit seiner Fraktion grundsätzlich hinter der Motion, auch wenn sie den Begriff «Minergiestandard» aus dem Text entfernen möchte, da dies eine zu stark einschränkende Definition wäre. Ausserdem ist zu bezweifeln, dass die Energieeffizienzmassnahmen bei Altbauten wirklich innert 25 Jahren umsetzbar sind.

Hannes Schweizer (SP) erklärt, die SP-Fraktion stimme der Motion einstimmig zu.

Dasselbe gelte auch für die CVP/EVP-Fraktion, fügt **Christian Steiner** (CVP) bei. Was der Motionär verlangt, ist möglich und machbar.

Isaac Reber (Grüne) betont, trotz der grundsätzlich SVP-kritischen Haltung der Grünen sei seine Fraktion nach genauer Prüfung des Vorstosses zum Schluss gekommen, die Motion sei unterstützenswert. [*Heiterkeit*]

Karl Willimann (SVP) möchte den Motionstext wie folgt ändern:

Vorschrift von ~~anerkannten Minergie~~Standards für die Wärmedämmung bei bewilligungspflichtigen Neubauten, [...]

Das wäre stufengerecht.

Eine andere Formulierung bringt **Isaac Reber** (Grüne) ins Spiel, der «Standard» für sich genommen als leeren Begriff empfindet. Es sollte definiert werden, was für ein Standard gemeint ist, und man sollte erklären, welches Niveau man sich für den gewünschten Standard vorstellt. Deshalb sollte von «Standards, die dem heutigen Minergie-Level entsprechen» als Ziel gesprochen werden.

Alle wissen zwar, was für Standards gemeint seien, bemerkt **Karl Willmann** (SVP), nur ändern die dafür verwendeten Begriffe alle paar Jahre. Was vor einiger Zeit noch «Passivhäuser» waren, ist heute «Minergie» oder «Minergie plus». Am sinnvollsten wäre wohl folgende Formulierung:

Vorschrift von technologisch aktuellen Standards für die Wärmedämmung bei bewilligungspflichtigen Neubauten, [...]

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) stellt fest, dass über diese zuletzt vorgeschlagene Version abgestimmt werde.

://: Der Landrat überweist die modifizierte Motion 2007/062 mit 78:0 Stimmen.

[Namenliste einsehbar im Internet; 14.36]

Für das Protokoll:

Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 168

5 2007/060

Motion der SP-Fraktion vom 22. März 2007: Gebäudepass – Die Energieetikette fürs Haus

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) gibt bekannt, dass die Regierung den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen bereit sei.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) erklärt, eine Energieetikette liesse sich für Neubauten relativ einfach einführen, bei Altbauten wäre es aber sehr viel schwieriger. Dies bedarf umfangreicher Abklärungen. Mit Labels und Etiketten allein erreicht man nichts.

Die Energiedirektorenkonferenz (EnDK) ist zur Zeit daran, einen gesamtschweizerischen Energiepass zu erarbeiten. Es wäre wenig sinnvoll, wenn das Baselbiet jetzt ausscherte. Deshalb sollte der Vorstoss nur als Postulat überwiesen werden. So hat die Regierung die Möglichkeit, auf den angekündigten eidgenössischen Energiepass aufzuspringen.

Die SVP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab, und zwar sowohl als Motion als auch als Postulat, wie **Gerhard Hasler** (SVP) betont. Die Motion hält fest, der Gebäudepass werde in der EU in den nächsten Jahren Standard. Was in der EU passiert, wird in der Schweiz sowieso fast lückenlos übernommen, leider. Wie es in der Motion sogar ausdrücklich heisst, habe in der Schweiz das Bundesamt für Energie 2004 eine Vorstudie zur Einführung des Gebäudepasses in Auftrag gegeben; es läuft also schon etwas. All dies lässt befürchten, dass ein solcher Gebäudepass sowieso schon verordnet werden wird. Das ist keine kantonale Angelegenheit.

Mit steigenden Energiepreisen werden die Hauseigentümer aus rein ökonomischen Gründen in energiesparende Massnahmen investieren. Der Markt wird in Zukunft in Energiefragen vieles von selber regeln, und das ist gut so.

Das Baselbiet kann ein Vorzeigekanton bleiben, wenn nicht für jede neue Idee gleich ein neues Gesetz erlassen wird. Denn jedes neue Gesetz bringt Aufwand und Kosten mit sich. Darauf kann gut verzichtet werden.

Aus den gleichen Gründen lehnt die SVP-Fraktion auch Agathe Schulers Postulat 2007/070 ab.

Aus seiner eigenen Erfahrung schildert Gerhard Hasler einen Fall in einem Oberbaselbieter Weindorf: Dort realisiert zur Zeit ein – übrigens durchaus bürgerlicher – Bauherr aus freien Stücken eine Photovoltaik- und Solarkollektorenanlage von über 100 m² auf seinem Dach. Vorbildlicherweise wollte er auch noch eine Erdwärmepumpe installieren. Dies hat ihm der Kanton aber untersagt. Je mehr Gesetze es gibt, desto mehr geraten diese miteinander in Konflikt.

Hannes Schweizer (SP) betont, mit neuen Gesetzen habe die Forderung nach einem Energiepass überhaupt nichts zu tun.

Alle kennen die Energieetiketten auf Haushaltgeräten. Diese erleichtern den Kauf eines neuen, energiesparenden Kühlschranks ungemein.

Der Gebäudepass stellt keinerlei Einschränkung von Freiheit dar, im Gegenteil: er schafft Transparenz über den Zustand eines Gebäudes. Es liegt im Interesse eines Liegenschaftskäufers, darüber genau Bescheid zu wissen.

Der Kanton Zug hat den Energiepass bereits eingeführt. Es ist unverständlich, weshalb nun noch eine Zusatzschleife eingelegt werden soll, um die Forderung nochmals zu prüfen und darüber zu berichten.

Hanspeter Frey (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion unterstütze Ziel und Inhalt des Vorstosses, wolle aber nur ein Postulat überweisen, genau wie auch den folgenden Vorstoss von Agathe Schuler.

Ein Gebäude-Energiepass würde der Bewusstseinsbildung dienen. Aber weil der Bund ein solches Instrument flächendeckend umsetzen möchte, braucht der Kanton Baselland nicht unbedingt vorzupreschen.

Ein Energieausweis, wie ihn die Motion fordert, könnte laut **Christine Gorrengourt** (CVP) für die hiesigen KMU Sanierungsaufträge generieren. Die Einführung eines solchen Gebäudepasses wird zur Zeit vom Bund geprüft, und ab 2008 werden mehrere Kantone in die Prüfung verschiedener Konzeptansätze einbezogen. Welches Konzept das richtige ist, steht noch nicht fest.

Deshalb spricht sich die CVP/EVP-Fraktion für ein Postulat aus. Allerdings müsste der Auftrag «Prüfen und Berichten» so umgesetzt werden, dass sich das Baselbiet bei den erwähnten Abklärungen aktiv beteiligen und zu einer grösseren verfügbaren Datenmenge beitragen kann.

Jürg Wiedemann (Grüne) hält es für unheimlich wichtig, dass positive Anreize geschaffen werden. Für die grüne Fraktion ist es klar, dass eine Energieetikette einen solchen Anreiz schaffen würde. Sie befürwortet den Vorstoss ausschliesslich als Motion – als Postulat wäre er nutzlos. Sämtliches Prüfen und Berichten kann man sich sparen, jetzt gilt es Farbe zu bekennen! Entweder man will den Gebäudepass oder nicht. Wer ihn nicht will, soll dazu stehen und die Motion ablehnen.

Hannes Schweizer (SP) teilt mit, dass die SP-Fraktion ihre Motion in ein Postulat umwandle. Die klaren und deutlichen Voten, die den Vorteil eines solchen Gebäudepasses hervorstreichen, sind aber ein unmissverständliches Zeichen an die Regierung, dass dieses Instrument in ihrem Energiestrategiepapier enthalten sein muss. Die SP-Fraktion erwartet von der Regierung, dass ein solcher Gebäudepass eigenständig eingeführt wird und dass man nicht zuwartet, bis vielleicht in fünf oder zehn Jahren der Bund auch soweit ist.

Für **Isaac Reber** (Grüne) handelt es sich um einen klassischen Fall, wo «Prüfen und Berichten» nicht mehr und nicht weniger als eine reine Verwaltungsbeschäftigung darstellt. Jeder weiss, worum es geht. Man kann dafür sein oder dagegen oder keine Meinung haben, aber abzuklären gibt es überhaupt nichts mehr.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) hat mit keinem Wort gesagt, er sei gegen die Einführung eines Energiepasses. Die Vorteile eines solchen Instruments wurden genannt.

Auf ein Postulat muss die Regierung bereits innert eines Jahres reagieren. Es geht nun darum, einen Alleingang zu vermeiden. Die Energiedirektorenkonferenz bereitet die Einführung eines Gebäudepasses vor, und bis es soweit ist, dauert es bestimmt keine fünf Jahre mehr. Denn verschiedene Kantonsparlamente haben schon ähnliche Vorstösse überwiesen.

://: Der Landrat überweist den Vorstoss 2007/060 als Postulat mit 44:32 Stimmen bei drei Enthaltungen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.50]

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 169

6 2007/070

Postulat von Agathe Schuler vom 22. März 2007: Gebäude-Energieausweis

Die Regierung ist laut **Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Gerhard Hasler (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion lehne das Postulat ab, und zwar mit der gleichen Begründung wie beim vorangegangenen Traktandum.

://: Der Landrat überweist das Postulat 2007/070 mit 45:26 Stimmen bei acht Enthaltungen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 14.52]

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 170

7 2007/090

Postulat der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Unterstützung von Massnahmen im Gebäudebereich

Die Regierung sei mit der Überweisung des Postulats einverstanden, teilt **Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) mit.

Paul Jordi (SVP) ist das Ziel des Vorstosses nicht klar geworden; er bittet den Verfasser des Postulats um Erläuterungen. [*Heiterkeit*]

Hanspeter Frey (FDP) erklärt, die Materie sei sehr komplex. Er möchte, dass, wenn bei einer Liegenschaftssanierung energieeffizienzsteigernde Massnahmen vorgenommen würden, die sich nicht amortisieren lassen, die Mehrkosten bis zur Rentabilität vom Staat zurückerstattet werden sollen. So lassen sich Hauseigentümer dazu bewegen, für eine verbesserte Energieeffizienz zu sorgen, auch wenn es sich finanziell nicht unbedingt lohnt.

://: Der Landrat überweist stillschweigend das Postulat 2007/090.

Für das Protokoll:
Alex Klee-Bölckow, Landeskanzlei

*

Nr. 171

8 2007/226

Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie/Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) erklärt, die Regierung wolle den Vorstoss – entgegen den schriftlichen Unterlagen – als Postulat entgegennehmen.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) macht auf die schwierige Kompetenzabgrenzung zwischen Kanton und Gemeinden aufmerksam. Bei Neubauten kann der Kanton legiferieren, aber bei Altbauten ist das viel schwieriger, und sobald es um die Nutzung geht, sind die Gemeinden mit ihren Zonenreglementen zuständig.

Um die Vorschläge vertieft abzuklären, müssen der Kanton und die Regierung sich absprechen, damit eine optimale Lösung resultieren kann. Deshalb sollte der Vorstoss als Postulat überwiesen werden.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) ist selber gerade mit einem Bauprojekt beschäftigt. Die Reglementierung der Gemeinde Therwil ist, wie es auch in der Motion steht, sehr positiv.

Die grundsätzliche Stossrichtung des Vorstosses ist gut, aber es wäre besser, die Berechnung der Gebäudeflächen und Aussenwände nicht in Zentimetern, sondern in Prozenten festzulegen.

Damit diese Berechnungsart noch überdacht werden kann, sollte der Vorstoss als Postulat überwiesen werden.

Punkto Ressourcenverbrauch lebe die Schweiz, so **Thomas Schulte** (FDP) als Verfasser der Motion, heute auf Kosten anderer Erdteile und zukünftiger Generationen. Unser Ressourcenverbrauch ist fast dreimal so gross wie unsere Biokapazität. Hauptursache ist der hohe Energieverbrauch.

Will eine Familie ein Haus bauen und entscheidet sie sich freiwillig für den Minergie- oder Minergie-P-Standard, wird sie vom Kanton für ihre sinnvollen Energieüberlegungen gestraft: Beim Bau eines Häuschens mit einer Grundfläche von rund 50 m² gehen in einer W3-Zone rund 15 m² Wohnfläche verloren. Allerdings ist dies nicht überall im Kanton so, können doch gewisse Gemeinden selber über die Fassadendicke entscheiden. Therwil und neun andere Gemeinden haben vernünftige Lösungen gewählt. Hat die genannte Familie ihr Landstück aber in Oberwil gekauft, hat sie halt Pech gehabt... Es darf doch nicht sein, dass der Kanton eine sinnvolle, energiesparende Bauweise bestraft.

Die beiden Basel haben 1994 den Niedrigenergiehaus-Standard eingeführt. Dieser wurde erreicht, wenn ein Gebäude 50 % weniger Energie brauchte, als das Gesetz für den entsprechenden Standort vorschrieb. 1997 wurde aufgrund der Bemühungen beider Basel – rund 250 solcher Projekte waren erfolgreich umgesetzt worden – der Minergiestandard schweizweit eingeführt. 2002 begannen die beiden Basel als erste Schweizer Kantone mit der Entwicklung, Förderung und Finanzierung des Passivhauses, was später schweizweit als 2000-Watt- oder Minergie-P-Standard anerkannt wurde.

Auf diese Pionierarbeit ist der Kanton Baselland mit Recht stolz. Und nun will die Baselbieter Regierung den Häuschenbauern keine moderate Wandstärkenmessung zugestehen. Es geht um 15 bis 20 Zentimeter Wandstärke zugunsten der Energieeffizienz – und es geht vor allem um eine einheitliche Behandlung der Baselbieter Häuschenbauer, die sich freiwillig mit einem energieeffizienten Standard ihren Wohntraum verwirklichen wollen.

Seit der Einführung des Energiegesetzes hat der Energieverbrauch beim Bauen von Liegenschaften kontinuierlich abgenommen. Es wird aber auch oft von Anreizsystemen gesprochen. Mit der von der UEK vorgeschlagenen Änderung des Baugesetzes würde ein idealer Anreiz geschaffen, ohne Wohnraumverlust grösstmögliche Energieeffizienz zu erreichen, ohne dass es den Kanton etwas kostet.

Der Bau- und Umweltschutzdirektor wünscht sich mehr Geld für die Subventionierung von energieeffizientem Bauen, unterstützt erneuerbare Energieprojekte, aber was den Kanton nichts kostet, möchte er nicht jenen Leuten zugestehen, die freiwillig Vorbildliches tun, sondern er schiebt den Ball den Gemeinden zu.

Es sollten beim energiebewussten Bauen klare, für alle gleichermassen gültige Regeln gelten. Deshalb hält die Umwelt- und Energiekommission an ihrer Motion fest. Dass deren Umsetzung möglich ist, zeigen heute bereits zehn Baselbieter Gemeinden.

Kathrin Amacker (CVP) spricht sich namens der CVP/EVP-Fraktion zugunsten der Motion aus. Es geht

nicht an, die Minergie- und Minergie-P-Standards zu propagieren – z.B. im Spezialrichtplan Salina Raurica –, gleichzeitig aber Benachteiligungen für Bauherrschaften nicht zu eliminieren. Die Motion zeigt einen gangbaren und von einigen Gemeinden bereits eingeschlagenen Weg auf, diese Benachteiligung aufzuheben.

Für energiebewusstes Bauen braucht es positive Anreize. Entsprechend sollte das Baugesetz geändert werden.

Hannes Schweizer (SP) schliesst sich den beiden vorangegangenen Voten an. Die SP-Fraktion unterstützt die Motion einstimmig.

://: Der Landrat überweist die Motion 2007/226 mit 65:10 Stimmen bei zwei Enthaltungen.

[Namenliste einsehbar im Internet; 15.04]

Für das Protokoll:

Alex Klee-Böckow, Landeskanzlei

*

Nr. 172

9 2007/065

Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Gaspreis für Wärme-Kraft-Koppelung

Thomas de Courten (SVP) erklärt Namens der SVP-Fraktion, das Postulat abzulehnen. Eric Nussbaumer möchte, dass sich der Kanton in die Energielieferverhandlungen von zwei Drittparteien – den konzessionsgebenden Gemeinden und den Lieferanten – einmischte. Das ist ein klarer, staatlicher Eingriff in marktwirtschaftliche Mechanismen, den die Fraktion ablehnt. Wenn die Wärme-Kraft-Kopplungssysteme tatsächlich so effizient und rentabel sind, dann geniessen sie dadurch ohnehin einen wirtschaftlichen Vorteil, weil sie aus der gelieferten Energie mehr herausholen.

Zudem beschränkt sich Eric Nussbaumer auf die Gaslieferungen. Wärmekraftkopplungsanlagen sind aber auch mit Holz oder Erdöl denkbar. Diese würden "hinten vom Karren herunterfallen", weshalb der Vorstoss unvollständig ist.

Schliesslich ist die SVP-Fraktion zwar einverstanden, wenn der Regierungsrat die Gemeinden im Rahmen der Energieberatung unterstützt. Eindeutig zu weit geht aber, dass der Kanton aktiv bei Konzessionsvertragsverhandlungen mitwirken soll. Daher lehnt die Fraktion den Vorstoss ab.

Isaac Reber (Grüne) erinnert daran, dass der SVP-Sprecher an diesem Morgen den Begriff "intelligent steuern" verwendete. Was in diesem Vorstoss vorgeschlagen wird, entspräche genau dem: Intelligent steuern als eine Aufgabe des Staates. Es entspricht einem guten Ansatz, der in die richtige Richtung geht. Die Grüne Fraktion begrüsst das Postulat und findet es "fast" schade, dass es sich nicht um eine Motion handelt.

Eric Nussbaumer (SP) ist erstaunt, dass Thomas de Courten ein Postulat, welches die Regierung dazu einlädt,

ein Beratungsmandat wahrzunehmen, als Einmischung tituliert. Im Postulat ist sehr explizit enthalten, dass auf die Gemeinden zugegangen und diese beraten werden sollen. Selbstverständlich wirkt man auf diese Weise mit, eine Einmischung in die Gemeindehoheit ist es aber nicht. Thomas de Courten ist Ökonom, doch hat er sich vielleicht noch nicht ausreichend Gedanken über Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen gemacht. Gerne erklärt Eric Nussbaumer weiteres bei einem Kaffee.

Verschiedene Inputs gibt es zu berücksichtigen: Zum Einen die Kostensituation beim Kapital, denn die Wärme-Kraft-Kopplung kostet deutlich mehr, als ein normales "Gaskesselchen" an der Wand. Weiter spielen die Strompreise, wieviel man für den verkauften Strom erhält, eine Rolle. Das ist eine Regulierungsaufgabe. Zudem spielt der Gaspreis eine Rolle, wo ein Monopol besteht. Dass bei den letzten zwei Elementen, Strom und Gas, seitens des Staates im Sinne der Energieeffizienz zu gestalten versucht werden soll, ist richtig. Thomas de Courten postulierte diesen Morgen, in diese Richtung zu gestalten: Energieeffizienz ist der wichtigste Weg. Effiziente Gasnutzung ist die Wärme-Kraft-Kopplung.

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) liegen keine weiteren Wortbegehren vor. Sie lässt, da die Überweisung bestritten wird, abstimmen.

://: Der Überweisung des Postulats 2007/065 wird mit 52:18 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. [Namenliste einsehbar im Internet; 15.08]

Für das Protokoll:
Pascal Andres, Landeskanzlei

*

Nr. 173

10 2007/098
Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Wirtschaftliche Auswirkungen von höheren Energiepreisen. Schriftliche Antwort vom 23. Oktober 2007

Christine Mangold (FDP) bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für die teilweise sehr ausführlichen, schriftlichen Antworten. Die FDP behält sich vor, unter Umständen mit gezielten Vorstössen nachzuhaken.

://: Damit ist die Interpellation 2007/098 erledigt.

Für das Protokoll:
Pascal Andres, Landeskanzlei

*

Nr. 174

11 2007/066
Postulat von Pia Fankhauser vom 22. März 2007: Energieberatung statt Verbote

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) erklärt, dass der Regierungsrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und sogleich abzuschreiben. Hierzu liegt eine schriftliche Begründung vor.

Hannes Schweizer (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion der Argumentation der Regierung folgt und der Abschreibung zustimmen kann.

://: Damit ist das Postulat 2007/066 überwiesen und abgeschrieben.

Für das Protokoll:
Pascal Andres, Landeskanzlei

*

Nr. 175

12 2007/145
Motion von Christoph Frommherz vom 14. Juni 2007: Beteiligung von Schulen am Erfolg von Energiesparmassnahmen

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) erklärt, dass der Regierungsrat diese Motion als Postulat entgegennehmen will, weil sich die Schulsysteme aus Deutschland nicht tel quel übernehmen liessen. Was im Theodor-Heuss Schulhaus in Marburg gut funktionieren mag, muss nicht zwangsläufig auch für Oberwil, Münchenstein oder Liestal gut sein. Hat die Regierung aber die Möglichkeit, etwas zu diesem Thema auszuarbeiten und dem Landrat zum Entscheid vorzulegen, so liegt an diesem der Entscheid darüber, ob es sich um ein gutes, umsetzbares System handelt. Er bittet um Überweisung als Postulat.

Christoph Frommherz (Grüne) erwähnt, dass seit Einreichung der Motion Diskussionen mit anderen Fraktionen stattgefunden haben. Er möchte einen Punkt ergänzen, damit Klarheit herrscht, um was es geht. Der neue dritte Punkt soll lauten: "Durch diese Massnahmen dürfen keine Unterrichtslektionen gemäss Stundenplan ausfallen." Auf den bisherigen Stundenplan soll sich das Anliegen nicht auswirken, das ist eine wichtige Ergänzung.

Mit dieser Motion soll den Schulen die Möglichkeit gegeben werden, Energie zu sparen. Energie sparen kann man in Deutschland genauso gut, wie in der Schweiz. Dazu braucht es nur Wille und Motivation. Motivation wird durch den Anreiz geschaffen, die Schulen am Erfolg der Energiesparbemühungen zu beteiligen. Zudem sollen den Schulen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um dies umzusetzen. Ein Mittel, welches er in nicht abschliessender Weise vorschlägt, wäre eine Energiesparwoche. Hierin könnte man die Schüler das eigene Schulhaus auf Energiesparmassnahmen hin untersuchen und diese abklären lassen. Solche Energiesparwochen wurden bereits erfolgreich im Kanton Baselland durchgeführt. Durch die-

se Thematisierung können Einstellungen aufgebaut und gefördert werden. Er denkt an Verantwortung und sorgsamem Umgang mit den Ressourcen. Letztlich führt das auch zu einer besseren Identifikation mit dem eigenen Schulhaus. Diese Einstellungen führen zu Handlungen. Es würde beispielsweise in der Schule gezielt gelüftet, Lichter ausgeschaltet und Türen geschlossen werden. Marburg zeigt, dass dies funktionieren kann. Er erkundigte sich zudem über die finanziellen Folgen: Die Stadt Marburg weist 90'000 Einwohner und 26 Schulen auf. 20 Schulen beteiligen sich an diesem System. Diese sparten insgesamt in den Jahren 2005 und 2006 über eine halbe Million Franken alleine durch diese Verhaltensänderung ein. Das ist ein markanter Betrag. Von diesen Einsparungen gehen 30% zur freien Verfügung und 40% konkret für Energiesparmassnahmen an die Schulen. Die restlichen 30% behält die Stadt im Sinne einer Versicherung, falls eine der Schulen mehr Energie verbrauchen sollte, zurück.

Ein weiterer interessanter Aspekt ist der energetische: Die Schulen produzierten im Jahr 2006 rund 18% weniger CO₂. Somit befindet man sich wieder in der Klimadebatte. In seiner Gemeinde erkundigte er sich in der Sekundarschule. Der dortige Hauswart meinte, dass eine Sache auch nach seiner Pensionierung bleiben würde: "Türe schliessen, Fenster schliessen, Licht aus!". Bei Erschaffung eines solchen Systems müsse auf jeden Fall der Hauswart am Erfolg beteiligt werden, wenn möglich zu 100%. Dieser ist in der Schule der einzige, der sich darum kümmert, aber genau das darf nicht sein! Vielmehr muss die Schulgemeinschaft insgesamt regeln. Seines Erachtens gibt die Motion die entsprechenden Möglichkeiten und Anreize.

Solch ein Anreiz weist einen Multiplikationseffekt auf. Was die Kinder in der Schule erleben und für sinnvoll befunden haben, bringen sie mit nach Hause. Auch werden die Kinder inskünftig vielleicht Techniker oder Ingenieure sein. Als gute Voraussetzung wäre für diese Energie sparen kein Fremdwort mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit. Er bittet um Zustimmung zur Motion. Ob er sich mit einem Postulat einverstanden erklären könnte, entscheidet er erst nach Anhörung der anderen Voten.

Daniela Gaugler (SVP) teilt mit, dass die SVP-Fraktion sowohl die Überweisung als Motion, wie auch als Postulat, ablehnt. Es sind bereits ausreichend Zeitfenster in den Schulen für die Durchführung solcher Projektwochen, in deren Rahmen auch das Thema Energiesparmassnahmen behandelt, vermittelt und gelebt werden kann, vorhanden. Auch verfügen die Energieberatungsstellen sicherlich bereits über ausreichend Unterlagen und Berater, die beigezogen werden könnten.

Zu den vorhergehenden Ausführungen ergänzt sie: Energie sparen muss vorgelebt werden. Lehrer müssten Schüler zum Beispiel auf gewisse Punkte, wie das Schliessen der Fenster, schlicht und einfach aufmerksam machen.

Thomas Bühler (SP) versucht immer, Türen und Fenster zu schliessen. In dieser Energiedebatte gibt es aber wichtigere Probleme als das vorliegende zu diskutieren. Die SP-Fraktion hält das Anliegen für sympathisch, sieht auch die Möglichkeit, ein Anreizsystem zu schaffen. Die SP-Fraktion bittet aber den Motionär, den Text dergestalt zu

formulieren, dass nicht nur Sekundarschulen, sondern auch Schulen der Sekundarstufe II und weiterführende Schulen angesprochen sind. Es darf nicht sein, dass Gymnasialklassen nichts beitragen können. Auch versteht er nicht den hinzugefügten, dritten Punkt. Realisiert man etwas derartiges mit einer Schulklasse, dann realisiert man es in der Schulzeit und nicht Samstag Nachmittags. Ist es im Lehrplan enthalten, dann wird es in der Unterrichtszeit, nicht in der Freizeit durchgeführt.

Christoph Buser (FDP) und die FDP-Fraktion empfanden das Anliegen auf den ersten Blick auch als ein sehr sympathisches. Auch wäre sinnvoll, wenn die Schulen entsprechend profitieren könnten. Setzt man sich aber intensiver mit der Umsetzung auseinander, dann kommen Fragen auf.

Die Vermittlung dieser Werte, so müsste man erwarten, sollte stetig stattfinden. Sobald es konkret um das Sparen geht, stellt sich auch die Frage, was die Schüler beitragen können. Idee dahinter ist, dass die Schüler beispielsweise in Projektwochen zum Energie sparen ausgebildet werden und sich hiernach daran halten: Also Lichter ausschalten und kurzes Lüften. Damit ist getan, was Schüler erreichen können. Will man weiter gehen, dann kann man nur noch sparen, indem die Temperatur 5 Grad hinuntergesetzt wird und die Schüler in Jacke und Kappe erscheinen. Bisher gab es in der Energiepolitik wenig Aktionismus: Das empfindet die FDP-Fraktion aber als Aktionismus, auch wenn es auf den ersten Blick eigentlich ein sympathisches Anliegen wäre. Die Umsetzung wäre aufwändig und schwierig zu erfassen. Kurzum gibt es viele Wider und einige Für: Die Fraktion sieht keine Notwendigkeit für gesetzliche Anreize, auf freiwilliger Basis ist das schon heute möglich. Die FDP ist weder für eine Überweisung als Motion, noch als Postulat.

Urs von Bidder (EVP) teilt die Meinung des Regierungsrates, dass die hiesige Situation nicht direkt vergleichbar mit Deutschland sei. Die Abgrenzung zwischen Kanton und Gemeinden spielt hier eine bedeutend höhere Rolle. Auch ist die Situation der Sekundarschulbauten längst nicht geklärt, weshalb er an der Umsetzbarkeit zweifelt. Dennoch würde seine Fraktion eine Überweisung als Postulat begrüssen.

Mit dem Versuch der Stadt Marburg setzte er sich auseinander. Beeindruckt hat ihn, dass diese in die Tat umsetzte, was an diesem Morgen im Saal wiederholt gefordert wurde: es braucht Anreize. Energiesparpotential war an diesen Schulen vorhanden und wird hierdurch wirklich genutzt. Würden hier, in den teilautonom geleiteten Schulen, ein paar Tausend Franken – wie in Marburg – ins frei verfügbare Schulbudget fliessen (aus den frei verfügbaren 30%), ferner die 40% direkt in Energiesparmassnahmen investiert und wenn auch noch der betreffende Schulträger 30% erhält, dann handelt es sich um eine Energiesparmassnahme mit Hand und Fuss. Die CVP-EVP-Fraktion findet das ein hervorragendes Anreizsystem und bittet um Überweisung als Postulat.

Kaspar Birkhäuser (Grüne) denkt, dass Daniela Gaugler und die SVP-Fraktion die Motion missverstanden haben. Es geht um eine Verpflichtung der Schulen zum Energie sparen. Es geht aber nicht darum, noch etwas zusätzli-

ches im Unterricht einzuführen. Das ist ein Missverständnis.

Er ist Lehrer. Speziell kennt er seine eigene Schule, jedoch auch ein paar andere. Es gibt im Kanton Dutzende Schulhäuser, wo gesamthaft viel Energie gespart werden kann. Aus seiner eigenen Schule kann er berichten, dass er der einzige Lehrer im Schulhaus ist, der "ständig herumläuft und Lichter löscht, Lichter löscht, Lichter löscht...". Rund 80 Leuchtstoffröhren würden an Sommertagen sinnlos tagsüber brennen, wenn er sie nicht ausschaltet. Über Nacht, nachdem in den Toiletten der Boden feucht geputzt wurde, lassen die Putzfrauen die Kippfenster offen, damit es besser trocknet. Am nächsten Morgen sind die Kippfenster, die direkt über den Radiatoren liegen, im Winter noch immer offen. Handlungsbedarf besteht, es muss etwas unternommen werden!

Jürg Wiedemann (Grüne) antwortet kurz an Thomas Bühler: Den dritten Punkt braucht es, weil das Jahr 200 Unterrichtstage hat und schon jetzt an 20 bis 30 Tagen kein Unterricht gemäss Stundenplan erfolgt. Dieses Anliegen muss im Rahmen erwähneter 20 bis 30 Tage umgesetzt werden, ohne weitere Stunden ausfallen zu lassen.

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) bittet darum, Nebengespräche vor der Türe fortzusetzen und sich in der Behandlung auf das Wesentliche zu beschränken.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) juckt es, etwas zu sagen. Wenn er die Ausführungen Kaspar Birkhäusers hört, so fragt er sich, was die Lehrer heute machen. Offensichtlich wird es nun angeprangert, wenn ein Fenster offen ist und offensichtlich muss man nun die Schüler dafür mobilisieren, die Lehrer aufmerksam zu machen, wenn etwas eingespart werden könnte. Das ist eine komische Konstellation. Auch ist die Umsetzung fraglich. Sollen die Schüler dem Wettbewerb ausgesetzt werden, wer etwas mehr frieren kann? Am Ende liegt – übertrieben gesprochen – Schnee auf dem Pult!

Heiterkeit.

Das darf doch nicht sein! Einen solchen Wettbewerb darf man in der Schule nicht ausführen. Erfolgsorientiert honorieren bedeutet, dass gewonnen hat, wer mehr frieren konnte und wahrscheinlich auch stärker erkältet ist!

Paul Wenger (SVP) wundert sich sehr, über was der Landrat diskutiert. Mit Teilpensum ist er an einer Berufsfachschule in Muttenz. Dort kennt man die sogenannten Zimmerverantwortlichen. Diese sind schlicht die Lehrkräfte. Alles was es braucht sind Schulleitungen, die ihren Lehrern sagen, was sie zu machen haben. Unerhört ist, was Heute in diesem Saal erzählt wird. Offenbar herrschen dermassen desolate Zustände in der Sekundarstufe I, dass nun über ein Gesetz diskutiert werden muss, welches "völlig für die Füchse ist".

Man braucht Lehrpersonen, die ihren Auftrag ernst nehmen und für Ordnung in den Zimmern sorgen. Das gilt es zu erreichen. Die Schüler einem Wettbewerb auszusetzen, um Geld für die Schule zu holen, ist falsch.

Karl Willmann (SVP) stellt den Ordnungsantrag, mit diesem Thema zu beenden. Alles wichtige zu diesem Thema wurde bereits von der SVP-Fraktion und Christoph Buser gesagt.

Christoph Frommherz (Grüne) erlaubt sich eine kurze Schlussbemerkung. Gefreut hat ihn, dass das Anliegen der Motion als sympathisch erachtet wurde. Es ist aber nicht nur ein sympathisches, sondern auch ein gesellschaftlich wichtiges Anliegen. Ist eine Schule – wie im Moment der Fall – nicht bereit, dieses aufzugreifen, dann leidet die Glaubwürdigkeit darunter.

Er sieht ein, dass die Motion keine Erfolgchance hat und erklärt sich einverstanden mit der Umwandlung in ein Postulat.

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) liegen keine weiteren Wortbegehren vor. Sie lässt über die Überweisung der in ein Postulat umgewandelten Motion abstimmen.

://: Der Landrat überweist den Vorstoss 2007/145 mit 43:35 Stimmen ohne Enthaltungen als Postulat. [Namenliste einsehbar im Internet; 15.32]

Für das Protokoll:
Pascal Andres, Landeskanzlei

Nr. 176

13 2006/252
Interpellation von Paul Jordi vom 19. Oktober 2006: Sonnenkollektoren in der Gemeinde Blauen. Schriftliche Antwort vom 3. April 2007

Paul Jordi (SVP) verdankt die Antworten.

://: Damit ist die Interpellation 2006/252 erledigt.

Für das Protokoll:
Pascal Andres, Landeskanzlei

*

Nr. 177

14 2006/246
Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) erklärt, dass die Regierung bereit ist, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) stellt eine entsprechende Berichterstattung für das erste Quartal 2008 in Aussicht. Ähnliche Argumente, wie bei der Motion zur Baunutzung, gelten auch hier. Viele Betroffene sollten an einen Tisch gebracht werden: Innerhalb der BUD wären das bereits der Rechtsdienst, das Bauinspektorat, die

Denkmalpflege, das AUE, ARP, usw. Seine Ausführungen zu dieser Motion gelten gleichermaßen für die Motion 2007/063 im nächsten Traktandum. Diese geht in eine ähnliche Richtung: Es soll verhindert werden, dass im Dorfkern alles blockiert werden kann. So geschehen in Sissach, wo Solaranlagen zwar zugelassen werden sollten, jedoch nur auf der sonnenabgewandten Seite. Die Frage bedarf einer vertieften Betrachtung, wonach ein Vorschlag gebracht und darüber befunden werden kann. Er bittet um Umwandlung beider Motionen in ein Postulat. Die BUD wird anschliessend einen Vorschlag präsentieren, der in diese Richtung geht. Die Anliegen sind bekannt.

Isaac Reber (Grüne) schickt voraus, dass prüfen und berichten seines Erachtens sinnlos ist.

Wichtig ist, Klarheit darüber zu haben, wo man sich hinentwickeln möchte, weshalb er sein Anliegen bewusst als Motion formulierte. Der Fall Blauen verdeutlicht, dass die heutige Situation in den Ortskernen, will man etwas zeitgemässes, fortschrittliches anpacken, nicht gut ist. Auch erkennt man das an solch abstrusen Resultaten der heutigen Praxis wie in Sissach, wo auf der Nordseite Kollektoren bewilligt würden, auf der Sonnenseite aber nicht.

Das darf nicht mehr der Fall sein. Man muss sich fragen, wie es zu dieser Situation kam. Der Schutz des Ortskerns kam auf, als man nach dem zweiten Weltkrieg begann, die Siedlungen stark zu verändern. Man zeigte sich etwas konservativer und wollte die wertvollen Objekte schützen. Damals kam dieser Schutzgedanke ganz zurecht auf. Heute, 30 bis 40 Jahre später, müsste dieser Gedanke kritisch überprüft werden. Man ist an einem Punkt angelangt, wo dieser Schutzgedanke nur noch zum Teil richtig, aber beherrschend in den Ortskernen ist. Ein Element ist zwischenzeitlich dazugekommen: Neben dem Heimatschutz spielt heute auch der Umweltschutz eine Rolle. Umweltschutz war damals noch kein Thema, weshalb er damals keinen Platz in der Gesetzgebung finden konnte und die Gesetzgebung heute besagte, abstruse Resultate hervorbringt. Mit seiner Motion möchte er erzielen, dass der heutige Zustand für sich betrachtet nicht mehr als korrekt eingestuft wird. Neben dem Heimatschutz muss der Aspekt des Umweltschutzes auch in den Ortskernen Eingang in die Gesetzgebung finden. Dieses Ziel muss klar und verbindlich sein.

Auch heute gibt es in den Ortskernen selbstredend noch immer Objekte, wo der Heimatschutz vorgehen darf und muss. Bei einem Gebäude, das Schutz verdient, kann es den Umweltschutz nur geben, wenn er im Rahmen des Heimatschutzes realisiert werden kann. In den Ortskernen gibt es aber nicht nur zu schützende Gebäude, sondern auch viele Gebäude, wo nur der Volumenschutz gilt. Diese können abgebrochen, neugebaut oder mit anderen Materialien gebaut werden. Keinen Sinn macht es, bei diesen Gebäuden, wo nur der Volumenschutz gilt, derart restriktive Vorschriften anzuwenden.

Daher: Bei einem geschützten Gebäude geht der Heimatschutz vor. Bei allen anderen Gebäuden im Ortskern muss der Umweltschutz einen angemessenen Platz erhalten. Das bringt ihn zu einem sehr wichtigen Punkt: es gibt das diffuse Instrument des Umgebungsschutzes im Ortskern. Dieses besagt, dass rund um ein geschütztes Gebäude mehr oder weniger alles, auch eine Bank, mitge-

schützt ist. So weit darf es aber nicht mehr gehen. Stellt man ein vollständig neues Haus daneben, dann muss es auch möglich sein, darauf einen Sonnenkollektor zu installieren. Aus besagten Gründen hält er an der Motion fest. Diese berücksichtigt berechnete Anliegen des Heimatschutzes, sorgt aber auch dafür, dass Fälle wie Blauen und Sissach mit Kollektoren auf der Nordseite nicht mehr vorkommen sollen. Das sollte im Empfinden aller Anwesenden richtig sein. Er lädt ein, "Nägel mit Köpfen zu machen und den Vorstoss als Motion zu überweisen". Der Auftrag ist klar: der Umweltschutz soll neben dem Heimatschutz einen angemessenen Platz erhalten.

Ueli Halder (SP) meldet sich sowohl für die Fraktion, als auch als Betroffener zu Wort. 1988 wollte er eine Photovoltaik-Anlage auf seinem Dach installieren. Damals förderte der Kanton ein solches Vorhaben mit einer Förderungspolitik, die diesen Namen verdiente. Sein Vorhaben war dermassen unbestritten, dass die Eingabe und Bewilligung durch die Regierung völlig unproblematisch abgewickelt wurde. Dumm war damals, dass in der BUD noch ein anderes Amt war, welches das Gesuch ablehnte; nämlich das Raumplanungsamt. Das Vorhaben sei nicht zonenreglementkonform, weil gewisse Dachaufbauten nicht erlaubt waren. Dort ging es aber primär um Liftschächte u.ä. Der damalige Baudirektor nahm einen persönlichen Augenschein vor Ort im Rebgässli 20 in Allschwil. Er liess sich davon überzeugen, dass es sich um ein sinnvolles Projekt handelt und zeigte sich gar enttäuscht, dass man von solch einem teuren Projekt vom Gässchen aus derart wenig sieht. Mit einem Jahr Verspätung konnte die Anlage gebaut werden. 17 Jahre später stellt er fest, dass sie noch immer bestens funktioniert. Die SP-Fraktion hat Verständnis für dieses Anliegen und möchte sowohl diesen wie den nächsten Vorstoss der SVP-Fraktion unterstützen. Man muss sich aber im Klaren darüber sein, dass die Ortskerne rund 3% der gesamten Siedlungsfläche beanspruchen: Es handelt sich also um ein vergleichsweise geringes Problem, wenn man bedenkt, dass auch in den verbleibenden 97% eine etwas liberalere Handhabung bei der Installation der Anlagen angebracht wäre. Die SP unterstützt beide Vorstösse.

Wer für erneuerbare Energiequellen ist, muss folgend **Paul Jordi** (SVP) auch für Sonnenkollektoren sein. Das ist unbestritten. Sonnenkollektoren, ob Photovoltaik oder thermisch, haben einen kleinen Nachteil: Sie müssen eine gewisse Grösse haben und an einem bestimmten Standort stehen. Sonnenkollektoren auf der Schattenseite bringen nichts. Auch das ist unbestritten, aber Denkmal- und Heimatschützer hätten dies gerne so. Doch das geht zu weit. Wenn man von den neuen Energien überzeugt ist, so empfiehlt er, den beiden Motionen zuzustimmen. Die Anlagen müssen möglichst unbürokratisch gebaut werden können. Die Motionen haben zudem noch einen Vorteil: sie kosten nichts, brauchen kein neues Büro und auch kein Personal. "Seien Sie so gut, von links bis rechts, stimmen Sie 'Ja!'".

Rolf Richterich (FDP) erklärt im Namen der FDP-Fraktion, die Überweisung der Motion als Motion zu unterstützen. Als Freipass kann diese aber nicht gesehen werden. Heute ist das Klima das grosse Thema. In 20 Jahren wird

ein anderes Thema aktuell sein, vielleicht gar Denkmal- oder Heimatschutz. Dann wird man froh sein, wenn grosszügige Ausnahmen gewährt worden sind. Es betrifft ohnehin keine grossen Zonen, weshalb die Ausnahmen gewährt werden können. Die Umkehr der Denkweise ist angebracht. Aber in der Realisierung müssen die Anliegen der Gemeinden ernstgenommen werden, da diese am Ende darunter leiden würden. Im Übrigen gibt es noch ein Tourismusgesetz, wo es wünschbar wäre, gewisse Ortskerne im Bestand zu haben, die man noch zeigen kann. Auch gibt es einen Architekturtourismus, wo es also zu einem Wettbewerb unter den Nutzern kommt.

Zu den Flächen sei noch folgendes angemerkt: In den Ortskernen sind nicht 100% der 3% auch tatsächlich geeignet zur Anbringung von Solarzellen. Schaut man sich eine Karte des Kantons im Massstab 1:25'000 an, dann bemerkt man die vielen grossen schwarzen Tupfer der Industriebauten, die vermutlich eine bedeutend grössere Fläche ausmachen als die zur Rede stehende. In diesen grossen Industriezonen, wo sich niemand daran stört, müssten die Photovoltaik-Anlagen angebracht werden. Das wäre viel sinnvoller als "auf Teufel komm raus" in einer Kernzone mit geschützten Gebäuden eine Photovoltaik-Anlage von ein paar Quadratmetern zu erstellen.

Soll die Energiedebatte Erfolg haben, dann braucht es gemäss **Christian Steiner** (CVP) in gewissen Punkten Zäsuren. Man müsste einen Schnitt machen, in dessen Folge es anders läuft. Nach dieser Debatte, so zeigt er sich überzeugt, wird eine solche Zäsur im Baugesetz erfolgen müssen. Isaac Rebers Motion zeigt, in welchem Sinn. Dann kann man Nägel mit Köpfen machen. Kurz: Die CVP-EVP-Fraktion unterstützt die Motion.

Isaac Reber (Grüne) ist sehr zufrieden mit diesem Ergebnis und fasst sich kurz: Man kann sehen, dass im Parlament der Wille zur Veränderung vorhanden ist. Der Landrat gibt nun dem Kanton einen Auftrag. Am Ende, so muss man wissen, stehen die relevanten Buchstaben in den kommunalen Zonenreglementen. Jede Gemeinde wird hiernach ihr Reglement dementsprechend anpassen müssen, sobald davor der Weg auf Kantonsstufe freigemacht wurde. Er lädt die Gemeinden dazu ein, sich bereits heute darüber Gedanken zu machen und nicht zuzuwarten, bis der Kanton gehandelt hat. Der Tarif ist durchgegeben, die Gemeinden können planen und ihre kommunalen Zonenpläne überarbeiten.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) hätte beide Motionen lieber als Postulat. Später wird mit den Gemeinden geredet, wo dieses Anliegen deponiert werden kann. Der Landrat soll also einen klaren Auftrag geben, ob die Motion Isaac Rebers oder jene Paul Jordis überwiesen werden soll. "Oder sollen beide überwiesen werden? Dann sind 100% bewilligungspflichtig und 125% sind die restlichen, nicht-bewilligungspflichtigen!" Er bittet um Absprache, welche überwiesen werden soll.

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) bemerkt, dass nun nur über die Überweisung der Motion Isaac Rebers befunden werden kann.

://: Der Landrat überweist die Motion 2006/246 mit 69:1 Stimmen bei 5 Enthaltungen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.47]

Für das Protokoll:

Pascal Andres, Landeskanzlei

*

Nr. 178

15 2007/063

Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) erklärt, dass auch hier die Regierung bereit ist, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Zuvor waren **Christian Steiner** (CVP) und seine Fraktion für die Motion. Hier unterstützt die Fraktion nur das Postulat. In diesem Vorstoss erkennt sie einen Freipass, wenn man 25% der Fläche ohne Baubewilligung realisieren können soll – mit Ausnahme zwingender Gründe selbst in Kernzonen. Würden die zwingenden Gründe sauber abgeklärt, dann braucht es eine Baubewilligung. Diese Abklärung kann nicht ausserhalb eines rechtlichen Rahmens vollzogen werden. Aus diesen Gründen ist die CVP-EVP-Fraktion für ein Postulat.

Daniel Wenk (FDP) sieht Erklärungsbedarf, denn es herrscht Verwirrung: Diese Motion, sei sie als Motion oder als Postulat überwiesen, verlangt die Befreiung der Sonnenkollektoren von der Bewilligungspflicht im Baugesetz. In der Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz, Abschnitt V. Bewilligungsfreie Bauten und Anlagen, § 94 1. e) steht aber "Sonnenkollektoren". Er versteht nicht, warum das Postulat überwiesen werden muss, da diese, ausser in Kernzonen, grundsätzlich keiner Bewilligungspflicht unterliegen. Andernfalls sollte dieser Punkt sauber erklärt werden, warum dennoch eine Bewilligung gebraucht werde, obschon die Regelung anders lautet.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) antwortet knapp: "In der Kernzone braucht es eine Bewilligung!"

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) fragt den Motionär, ob er mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden wäre.

Paul Jordi (SVP) hält an der Motion fest.

://: Der Landrat überweist die Motion 2007/063 mit 36:32 Stimmen bei 2 Enthaltungen.
[Namenliste einsehbar im Internet; 15.51]

Für das Protokoll:

Pascal Andres, Landeskanzlei

Nr. 179

16 2007/229

**Motion von Klaus Kirchmayr vom 20. September 2007:
Impulsprogramm Photovoltaik**

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) weist auf das neue Stromversorgungsgesetz hin. Künftig wird der Bund circa 350 Mio. Franken jährlich für Fördermassnahmen einsetzen können. Einspeisevergütungen werden auf eidgenössischer Ebene verfolgt. Der Kanton strebt keine individuelle, kantonale Regelung an. Er bittet um Ablehnung der Motion.

Auch **Klaus Kirchmayr** (Grüne) sind die Entwicklungen auf eidgenössischer Ebene um ein Einspeisegesetz, dass den Namen verdient, nicht entgangen, auch wenn er gerne mehr gesehen hätte und die deutsche Lösung womöglich besser gewesen wäre. Warum trotzdem diese Motion mit einer zusätzlichen Förderung der Photovoltaik?

Vor vier Jahren betrug die weltweit installierte Photovoltaikleistung 300 Megawatt. Das ist weniger als das Kraftwerk in Birsfelden. Heute, 2007, rechnet man bis Jahresende gemäss neuester Zahlen mit 4 Gigawatt installierter Photovoltaikleistung. Das entspricht einem mittelgrossen AKW. Für das Jahr 2011 wird eine jährliche Produktion von 20 Gigawatt an Photovoltaikzellenleistung prognostiziert, wobei nur Fabriken im Bau oder kurz vor Produktionsaufnahme mitgezählt werden. Hier wird über ein Wachstum gesprochen, wie es nur selten in der Wirtschaft beobachtet werden kann, allenfalls einmal in zehn Jahren. Er erinnert an die Computer in den 80ern, das Internet in den 90ern sowie Anfang dieses Jahrtausends in der Biotechnologie. Der angesprochene Industriezweig wächst derzeit mit 30 bis 50% pro Jahr und befindet sich auf dem Weg vom "Gebastel einiger Idealisten hin zum Big Business". Diese Region darf nicht im Abseits stehen: es ist daher wichtig, in diese Technologie überdurchschnittlich zu investieren, um in Zukunft überdurchschnittlich ernten zu können. Hauptmotivation seiner Motion ist nicht die Ökologie, sondern die Wirtschaft und die Wertschöpfung, die er in den Kanton und die Region holen möchte. Die Rahmenbedingungen müssen gesetzt werden, um die Wertschöpfung lange hier behalten zu können. Das Gewerbe soll fit werden, mit dieser Herausforderung umzugehen. Zur Erinnerung: Jenseits des Rheins erzielt "jede dritte Elektrobude signifikante Umsätze" mit Photovoltaikinstallationen. Das vorgeschlagene Programm ist zeitlich begrenzt. Dessen Umsetzung hätte aber einen psychologischen Effekt, würde es doch dazu befähigen, in diesem Sektor zur Nummer 1 in der Schweiz aufzusteigen und etwas zu produzieren, auf das man stolz sein kann. Daher appelliert er, das Gute mit dem Nützlichen zu verbinden, die Rahmenbedingungen zu erschaffen, EBL und EBM einzubinden und einen Effort für die Photovoltaik zu leisten und den Kanton in diesem Bereich an die Spitze zu setzen.

Einleitend bemerkt **Ueli Halder** (SP), dass die SP nicht im Verdacht steht, der Photovoltaik feindlich gegenüber zu stehen. Bei aller Sympathie für die Grundhaltung des Vorstosses und den Motionär muss die SP-Fraktion diesen ablehnen. Die Fraktion hält ihn für ausserordentlich

kompliziert und schlicht redundant. Die neue Gesetzgebung auf eidgenössischer Ebene, die Netzabnehmer dazu verpflichtet, kostendeckende Abgeltungen über 20 Jahre zu zahlen, wurde schon erwähnt und macht den Vorstoss redundant (Stromversorgungsgesetz, Revision Energiegesetz). Es macht im Übrigen auch das revidierte kantonale Energiegesetz in diesem Bezug redundant. In diese Richtung zu stossen macht seines Erachtens keinen Sinn, weshalb die SP-Fraktion ablehnt.

Thomas de Courten (SVP) findet den Vorstoss falsch. Falsch aus zwei Gründen: Einerseits legte der Motionär dar, dass die Technologie auf dem richtigen Weg ist, weil der Markt sie annimmt. Stimmen die prognostizierten Zuwachsraten tatsächlich, dann braucht es keine zusätzliche Förderung durch den Staat. Es funktioniert, die Technologie setzt sich durch, findet Käufer und Anwender. Wo es schon gut läuft, muss man kein Geld hinterher schieben. Andererseits gibt es im Bereich der erneuerbaren Energien verschiedene Technologien, die einer Förderung würdig wären. Der Vorstoss stützt sich einseitig auf die Photovoltaik, was einer einseitigen Förderung entspricht. Das ist auch nicht richtig.

Schliesslich verlangt der Vorstoss, dass den Kunden der beiden Energieversorger EBM und EBL das wichtigste Material zum Bau der Photovoltaikanlagen gratis abzugeben. Wer gewährt, dass die gratis abgegebenen Anlagen auch tatsächlich auf das Dach kommen, dass sie nicht irgendwo herumliegen oder auf dem Ferienhaus im Tessin installiert werden? Wer verhindert einen Weiterverkauf der Anlagen? Das ist herausgeworfenes Geld. Er erachtet den Vorstoss als falsch und bittet dringend um Ablehnung.

Die wichtigsten Argumente wurden, so **Patrick Schäfli** (FDP), bereits gesagt. Das Bundesprogramm liegt vor. Der Kanton soll nicht noch einen eigenen, neuen Subventionstatbestand erschaffen. Das ganz abgesehen vom Problem der Kontrollierbarkeit, welches sich anschliessend stellt. Die FDP lehnt die Motion einstimmig ab.

Elisabeth Augstburger (EVP) erachtet Photovoltaik als zukunftsweisende Technik, welche die CVP-EVP-Fraktion sehr unterstützt. Die vorliegende Motion ist zwar gut gemeint, jedoch zu spezifisch: Eine Bevorzugung gewisser Firmen oder Techniken wird abgelehnt. Der Fraktion ist es wichtig, grundsätzlich über Anreizsysteme zu fördern, weshalb sie diesen Vorstoss ablehnt, aber weiterhin Interesse am Thema Photovoltaik zeigt.

://: Der Landrat lehnt die Überweisung der Motion 2007/229 mit 9:57 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab.
[Namenliste einsehbar im Internet; 16.01]

Für das Protokoll:
Pascal Andres, Landeskanzlei

*

Nr. 180

17 2007/096

Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Biotreibstoff: Ethisch vertretbarer Klimaretter oder ökologischer Unsinn?. Schriftliche Antwort vom 5. Juni 2007

Thomas Schulte (FDP) bedankt sich bei der Regierung für die Interpellationsantwort, welche u.a. auch aufzeige, dass bei der Suche nach erneuerbarer Energie nicht immer alles, was sinnvoll erscheint, auch sinnvoll ist. Er zitiert dazu aus der Antwort Seite 2: *Biotreibstoffe sind nicht zwingend umweltfreundlicher als fossile Treibstoffe, denn bei den meisten zeigt sich ein Zielkonflikt zwischen der Minimierung der THG-Emissionen und einer positiven ökologischen Gesamtbilanz.* Nach Meinung der FDP sollte man aber nicht weiter suchen und nicht immer alles portieren, sondern vor einer Umsetzung erst prüfen.

://: Damit ist die Interpellation erledigt.

*Für das Protokoll:
Brigitta Laube, Landeskanzlei*

*

Nr. 181

18 2007/097

Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Holzvergasungsanlagen. Schriftliche Antwort vom 29. Mai 2007

://: Die vom Interpellanten beantragte Diskussion wird stillschweigend bewilligt.

Daniel Wenk (FDP) bedankt sich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation und vor allem für die positive Einstellung gegenüber neuen Technologien. Besonders gefreut habe ihn das im Einführungsteil enthaltene 'Loblied' auf den praktisch einzigen einheimischen Rohstoff Holz, was letztlich auch Sinn mache. Nun sei ihm in Zusammenhang mit der Interpellation oft die Frage gestellt worden, ob das Holz überhaupt ausreicht. Über das Thema erneuerbare Energien sei bereits einiges gesagt worden. Im Folgenden möchte er ein wenig aufzeigen, welche diesbezüglichen Möglichkeiten in Bezug auf den Rohstoff Holz bestehen und in welcher Dimension sie zu sehen sind.

Zur Zeit befindet sich das Holzheizkraftwerk im Bau – eines der in Europa grössten, auf erneuerbarer Energie basierenden Kraftwerke; ein Mammutprojekt. Geht das Werk im Herbst 2008 ans Netz, werden dort 250'000 m³ Schnitzel verbrannt. Das sind pro Tag etwa 30 Eisenbahnwaggons à 50 m³ Holz. Nun könnte man zwar problemlos weitere vier solcher Anlagen bedienen, ohne dass unsere Wälder damit ausgeplündert würden, merkt er an. Allerdings stelle bereits die Bedienung dieses einen Werks, welche selbstverständlich wahrgenommen werde, eine nicht geringe logistische Herausforderung dar.

Zur Dimension: Im Verlauf seiner Projektbegleitung habe sich Daniel Wenk die Frage gestellt, wie viele solcher Kraftwerke notwendig wären, um ein Atomkraftwerk zu ersetzen und sei zu der bedenkenwerten Feststellung gelangt, dass dazu 74 solcher Anlagen notwendig wären. Diese Erkenntnis habe ihn sehr nachdenklich gestimmt. Er bittet, in der restlichen noch verbleibenden Stunde die Dimensionen nicht ganz aus dem Auge zu verlieren. Seines Erachtens muss klar auf die erneuerbaren Energien gesetzt werden, aber, mahnt er gleichzeitig, um gewisse Ziele nur ansatzweise in der geforderten Zeit zu erreichen, seien riesige Anstrengungen notwendig.

Thomas Bühler (SP) merkt an, wenn 3 oder vier Anlagen allein im Baselbiet möglich wären, so lägen gesamthaft gesehen, schweizweit 78 Anlagen durchaus im Bereich des Möglichen.

Keine weiteren Wortbegehren

://: Damit ist die Interpellation erledigt.

*Für das Protokoll:
Brigitta Laube, Landeskanzlei*

*

Nr. 182

19 2007/102

Postulat von Siro Imber vom 3. Mai 2007: Wärmezeugung: Eigenständiges Baselbiet

Der Regierungsrat ist zur Entgegennahme des Postulats bereit, erklärt die **Landrätspräsidentin**.

Dagegen erhebt sich kein Widerstand.

://: Damit ist das Postulat stillschweigend überwiesen.

*Für das Protokoll:
Brigitta Laube, Landeskanzlei*

*

Nr. 183

20 2007/198

Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) teilt mit, die Regierung lehne die Motion ab.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) bittet den Landrat, die Motion nicht zu überweisen. Die notwendigen raumplanerischen Massnahmen sind in die Wege geleitet, die Aufnahmen der Standorte im Richtplan. Zu Punkt 2: Eine rasche Realisierung von Windkraftanlagen in der Grössenkatgorie Mastenhöhe 50 bis 100 m ist

nicht möglich, weil zur Prüfung erst Messungen durchgeführt werden müssen, die über ein Jahr dauern. Zudem gestaltet sich auch das gesamte Baubewilligungsverfahren sehr schwierig. So seien etwa zum Projekt Titterten, das von EBL und vom Kanton gestützt wird, bereits jetzt, vor der eigentlichen Realisierungsphase, Beschwerdebriefe eingegangen. Man wird im Rahmen des Richtplans über die Motion diskutieren.

Philipp Schoch (Grüne) stellt voran, dass es sich hier um einen ganz kleinen Teil der erneuerbaren Energien handelt. Um irgendwie auf einen grünen Zweig zu kommen, müssen aber seines Erachtens alle möglichen Massnahmen realisiert werden. Hierzu kann auch die Windenergie einen Teil beitragen. Im Baselbiet gibt es im Vergleich zur Ost- und Nordsee oder zu Österreich relativ wenige geeignete Wind-Standorte. Es gibt aber ausgewiesenermassen einige paar. Hier geht es um eine möglichst rasche Umsetzung. Will man heute ein Windkraftwerk bauen, so dauert dies zwei bis vier Jahre, und zwar hauptsächlich aufgrund der langen Lieferfristen für die Maschinen, und nicht, weil das Bewilligungsverfahren so lange dauere. Daher verlangt man mit der Motion, dass raschmöglichst rasch so viele Standorte als möglich für konkrete Projekte ausgewiesen werden. Dieselbe Motion wurde bereits im Kanton Bern erfolgreich überwiesen; der Kanton erhielt vom Parlament die entsprechenden Handlungsaufträge. Was der Kanton Bern könne, sollte im Kanton BL längst möglich sein. Er bittet um Überweisung der Motion.

Thomas de Courten (SVP): Die SVP-Fraktion schliesst sich in dieser Frage der regierungsrätlichen Antwort an. Zudem habe sich der Motionär in seinem Votum laufend widersprochen. Einerseits sage er, es gebe nur sehr wenige Standorte, an denen sich der Kanton BL für Windenergie überhaupt eignet; diese sind bereits raumplanerisch ausgeschieden. Zudem liege es nicht an der rascheren Umsetzung von Seiten des Kantons, sondern an den Lieferfristen der Hersteller. Also könne er mit seiner Motion gar nichts bewegen. Die Forderungen seien bereits erfüllt. Nur weil der Kanton Bern es gemacht habe, müsse man dies noch lange nicht im Kanton BL übernehmen, wenn es hier nicht entsprechend sinnvoll sei.

Hannes Schweizer (SP) und die SP-Fraktion unterstützen die Motion in dem Sinne, dass bei der raumplanerischen Beurteilung der Standorte auch in Bezug auf die grundsätzlich schützenswerten Juralandschaften gewisse Zugeständnisse gemacht werden. Bisher sind die Juraschutzzonen bei der Festlegung der Standorte bereits ausgenommen. Nun hätten sich erfreulicherweise aber auch die Grünen bereit erklärt, im gegenseitigen Einvernehmen mit der Landschaftsschutzkommission nach zusätzlichen geeigneten Standorten zu suchen.

Nach Auffassung von **Patrick Schäfli** (FDP) hat die Regierung die rechtlichen und raumplanerischen Hausaufgaben gemacht, respektive sie wurden bereits auf Bundesebene erledigt. Auch der FDP sei nicht ganz klar, wie die Lieferfristen mit raumplanerischen Massnahmen verkürzt werden sollen. Aus ihrer Sicht ist die Motion abzulehnen, weil man das vorgeschlagene Instrument zur Förderung der Windenergie für sinnlos hält.

Für **Elisabeth Augstburger** (EVP) und die CV-/EVP-Fraktion hat die Windenergie Zukunft und muss daher gefördert werden. Auch in unserem Kanton gibt es verschiedene geeignete Standorte. Es spreche nichts gegen die Motion; daher wird sie grossmehrheitlich von der Fraktion unterstützt.

Isaac Reber (Grüne) lädt die Landratskolleginnen und -kollegen ein, die Grünen ein wenig in die Pflicht zu nehmen. Bei der damaligen Festlegung der Landschaftsschutzzonen habe man wohl kaum daran gedacht, dass Windräder einmal ein Thema sein könnten. Ein Windrad gehöre nun einmal in den Wind, also auf die Jurahöhen. Man lädt dazu ein, diesbezüglich offensiver zu handeln und bietet ausdrücklich Hand, bei den Landschaftsschutzzonen gewisse Zugeständnisse zu machen. Das Ratkollegium wird aufgerufen, dem Vorstoss geschlossen zuzustimmen. Nun gelte es, gemeinsam einen Schritt zu tun, indem einerseits die Grünen Entgegenkommen signalisieren, andererseits aber auch der Tatbeweis erbracht wird, dass man bereit ist, solche Anlagen in grösserer Zahl zu erstellen.

Röbi Ziegler (SP) merkt kritisch an, ein Votum oder eine Aussage könne man auch willentlich missverstehen. Sowohl bei Thomas de Courten wie auch bei Patrick Schäfli scheint ihm dies der Fall gewesen zu sein. Stellt Philipp Schoch fest, dass es für Windanlagen lange Lieferfristen gibt, so bedeute dies, dass man bis zum Bestellzeitpunkt nicht allzu lange zuwarten sollte, ansonsten das Ganze doppelt so lange dauert. Logischerweise sollte eine Entscheidung möglichst rasch gefällt werden, wenn die Lieferfrist lange ist.

Keine weiteren Wortbegehren

://: Der Landrat überweist die Motion 2007/198 von Philippe Schoch mit 50 Ja : 28 Nein und 1 Enthaltung.

[Namenliste einsehbar im Internet; 16.16]

Die **Landratspräsidentin** lobt den Rat für sein zügiges Fortschreiten.

Für das Protokoll:
Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Nr. 184

21 2007/076

Parlamentarische Initiative der SP-Fraktion vom 22. März 2007: Förderabgabe auf dem Strombezug

Laut **Landratspräsidentin Esther Maag** (Grüne) lehnt der Regierungsrat die Initiative ab.

Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) begründet, warum: Er bittet, den Landrat, die Initiative nicht zu überweisen, da es sich um eine klassische Umverteilungsübung handle. Erst vor Kurzem sei man im Landrat auf eine entsprechende Vorlage nicht eingetreten. Förderung (erneuerbarer Energien) sollte belohnt und nicht belastet werden. Bereits heute Vormittag sei verschiedentlich auf die ökonomischen Aspekte verwiesen worden. Es dürfe nicht sein, dass nur von Umverteilungsaktionen profitiert wird, indem die einen belastet und die anderen gefördert werden. Die eingeleiteten Massnahmen zielen seines Erachtens in die richtige Richtung, ohne dass der Kanton Basel-Landschaft zusätzliche Belastungen auf sich nehmen und umverteilen muss.

Ruedi Brassel (SP) nimmt den Faden auf: Es handelt sich in der Tat um etwas, worüber vor fast drei Jahren abgestimmt wurde. Die damalige Abstimmung fiel sehr knapp aus. Dies sowie die ganze Intensivierung der Diskussion um die Thematik der Förderung der erneuerbaren Energien und die Effizienzsteigerungsmassnahmen bewog die SP, dem Landrat nochmals die Gelegenheit zu geben, auf diesen Vorschlag einzusteigen.

Wie man heute schon verschiedentlich gehört hat, sind Massnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien und zu Effizienzsteigerungen notwendig. Inhaltlich wurde bereits über die unterschiedlichen Möglichkeiten diskutiert. Nun sollten aber konkrete Schritte unternommen werden. Ein Teil der dazu notwendigen Finanzierung kann seiner Ansicht nach durch Anreize geschehen, indem entsprechende Vorhaben unterstützt werden, wie es das Energiesgesetz in Artikel 16 vorsieht. Es handelt sich hierbei also um Aufgaben, die bereits heute mittels Verpflichtungskrediten erfüllt werden, aber in viel kleinerem Ausmass. Mit der Förderabgabe – wohlgemerkt, einer sehr bescheidenen Abgabe – besteht nun die Chance, das Volumen der Förderung deutlich um etwa das Vierfache auf über 4 Mio. zu erhöhen. Von bestrafen könne keine Rede sein, entgegnet er Jörg Krähenbühl; es geht um 0.2 Rappen pro Kilowattstunde. Nimmt man dies als Massstab, so müsste man sagen, dass alle Energiebezüger in den letzten Jahren täglich massiv Prügel bekommen haben durch die Kostensteigerung beim Heizöl und anderen Energieträgern. Auch spielen die anstehenden Kosten für die Rentabilität und Standortsituation der KMUs keine Rolle.

Bei der letzten Behandlung der Initiative habe die Regierung Mut bewiesen, indem sie sich hinter die parlamentarische Initiative gestellt habe, nicht so heute, stellt Ruedi

Brassel erstaunt fest. Dies stimme ihn bedenklich, zumal die Regierung doch grundsätzlich andere Zeichen setzen wolle. Man hofft daher auf die Mithilfe des Parlaments, um der Regierung ein wenig Mut zu machen in eine Richtung, die die Staatskasse eher entlasten als belasten würde, da man mit den Verpflichtungskrediten bereits in diesem Rahmen tätig ist. Resultate könne man beispielsweise auch in Basel sehen. Dort wird bereits heute eine drei- bis viermal höhere Energieabgabe erhoben, und man habe damit sehr positive Erfahrungen gemacht, gerade auch im Gewerbe. Die Gewerbevertreter halten es für eine gute Sache. Nicht von ungefähr habe Basel für seine energiepolitische Arbeit den European Energy Award in Gold erhalten. Wohl würde auch dem Baselbiet einmal eine solche Anerkennung gut anstehen; dazu sind aber die entsprechenden Schritte nötig, betont er.

Ein letzter Punkt: Es handelt sich um das nicht ganz gewöhnliche Instrument einer parlamentarischen Initiative, das heisst, die Überweisung geht an eine Parlamentskommission. In diesem Fall wird die Initiative von der Umwelt- und Energiekommission beraten und anschliessend erneut vor den Landrat gebracht werden. Ob und wie der Vorstoss in der Beratung umgestaltet, verbessert, angepasst wird, ist Sache der Kommission, der Landrat kann anschliessend darauf zurückkommen. Er lobt diesen sehr konstruktiven Weg, mittels welchem dem Parlament selbst die Kompetenz zur legislatorischen Tätigkeit zugestanden wird. An das Landratskollegium appelliert er, die Gelegenheit zu packen und zu zeigen, dass man bereit ist, einen wichtigen Schritt vorwärts zu machen.

Hanspeter Ryser (SVP) und die SVP-Fraktion lehnen die parlamentarische Initiative ab. Seit Einreichung des Vorstosses im März 2007 sei auch ein Ruck durch das Bundesparlament gegangen, und ab nächstem Jahr gilt eine Einspeisevergütung für erneuerbare Energien mit langen vertraglichen Laufzeiten. Die Initiative wird also grossenteils auf Bundesebene umgesetzt. Es macht für die SVP keinen Sinn, zusätzlich den kantonalen Verwaltungsapparat aufzublähen, um eine richtige Einsetzung des Geldes zu gewährleisten. Bei lediglich zwei Anbietern wäre die Initiative wahrscheinlich noch möglich. Was passiert aber bei einer Liberalisierung des Strommarktes? Wer wird in Zürich, im Bündnerland oder in Schweden die Abgaben eintreiben? Man ist der Meinung, der jetzige Weg auf eidgenössischer Ebene ist praktikabler. Zudem: Sieht man, wer zukünftig im Nationalrat 'hockt', so sei kaum zu befürchten, dass die Einspeisevergütungen sinken und damit diesbezüglich ein Rückschritt passieren könnte...

Hanspeter Frey (FDP) erklärt, an den Argumenten der FDP-Fraktion gegen diese Förderabgabe, welche man bereits vor anderthalb Jahren im Januar 2005 abgelehnt hat, habe sich nicht viel geändert.

Man hat bereits gehört, dass mit dem Impulsprogramm des Bundes nun längerfristig Fördermittel bereit gestellt werden sollen. Wie bereits heute Vormittag zu erfahren war, werden rund 320 Mio. Franken erwartet. Die Chance muss wahrgenommen werden, sich dort mitzubeteiligen und dem etwas abzugewinnen. Wiederum werde – wie vor eineinhalb Jahren –, die Förderabgabe nur auf sauberer,

also CO₂-armer Energie erhoben und nicht auf anderen Energien; das hält man für nicht gerechtfertigt. So werde gerade in dem Bereich jemand zur Kasse gebeten, wo etwas fürs Klima gemacht und auch etwas erreicht wird. Ob mit den zusätzlichen Abgaben tatsächlich wirtschaftlich mehr geschaffen wird, ist zu bezweifeln. Obwohl immer wieder das Beispiel Basel-Stadt angeführt werde, habe man dort mittlerweile Probleme, die Beiträge gezielt einzusetzen. Nach Ansicht der FDP sollten gezielte Beiträge geleistet werden, mit welchen auch eine gezielte Steuerung möglich ist. Wirft man das Geld einfach in einen Topf, so geschieht dies letztlich am Parlament vorbei. Sicher werde das Geld irgendwie unters Volk kommen, nur sei zu bezweifeln, ob es dann auch für den gewünschten Zweck eingesetzt wird. Nach wie vor ist man der Meinung, die förderungswürdigen Projekte sollten über die Verpflichtungskredite gefördert werden, bei welchen das Parlament letztlich bestimmen kann, ob ein Projekt weiter geführt oder abgebrochen werden muss. Man empfiehlt Ablehnung der parlamentarischen Initiative, aber gute Alimentierung der vorhandenen Verpflichtungskredite.

Elisabeth Augstburger (EVP) und die CVP-/EVP-Fraktion unterstützten die Förderabgabe bereits vor drei Jahren und werden es auch jetzt wieder tun. Trotz Hanspeter Freys Bedenken schaut sie gerne nach Basel-Stadt, da dort seit Jahren mit den Lenkungsabgaben Projekte unterstützt werden, die sich sehr positiv auf die KMUs auswirken. Ruedi Brassel erwähnte bereits, dass sich die Förderabgabe – mit welcher eine wirkliche Win-win-Situation für alle Beteiligten entstehen kann – im Baselbiet im Vergleich zu Basel-Stadt sehr bescheiden ausnehmen würde. Elisabeth Schneider verwies bereits auf die vierfache Erhöhung des Ölpreises bei uns. Optimal wäre nun, wenn das Geld in der Region bleiben könnte und auch dem einheimischen Gewerbe zugute käme. Die CVP-/EVP-Fraktion unterstützt die Initiative grossmehrheitlich.

Auch **Klaus Kirchmayr** (Grüne) und die grüne Fraktion unterstützen die Förderabgabe voll und ganz. Sie schafft Gestaltungsspielraum für die Regierung, für den Kanton, sie setzt das richtige Preissignal und wird das Know-how in diesen Bereichen für die lokale Wirtschaft weiter verstärken.

Philipp Schoch (Grüne) würde gerne den Auftrag vom Landrat erhalten, die parlamentarische Initiative in der UEK zu behandeln. Es wurden bereits dicke Ordner mit dem Inhalt gefüllt; man hat sich intensiv mit der Materie auseinander gesetzt. Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, wird richtigerweise das Volk das letzte Wort haben. Heute sollte daher ein starkes Signal für die Zukunft gesetzt werden, indem man dem Stimmvolk zeigt, dass man diese Förderabgabe will. Es gibt bereits gute Erfahrungen mit diesem Instrument, nicht nur in Basel. Die Förderabgabe ist notwendig. Die Million, welche bisher pro Jahr ausgegeben wird, reicht bei Weitem nicht aus. Er erinnert an all die bestehenden Gebäude, bei welchen dringend in die Gebäudehülle investiert werden sollte. Dafür sollten genügend Fördermittel zur Verfügung stehen. Er appelliert an das Landratskollegium, im Sinne einer Unterstützung der lokalen KMUs der Förderabgabe zuzustimmen.

Röbi Ziegler (SP) hat Regierungsrat Jörg Krähenbühls Argument gegen die Förderabgabe, es handle sich dabei ja nur um eine Umverteilung, zum Nachdenken über folgende Frage angeregt: Ist Umverteilung etwas Schlechtes oder etwas Gutes? – Letztlich sei die Welt voller Umverteilungen. Nun gibt es gesetzlich geregelte Formen der Umverteilung, aber auch Umverteilungen, die den wirtschaftlichen Wert regeln. Immer wieder stehe man dabei vor der Wahl, welche Form der Umverteilung einem sympathischer ist. Der steigende Preis für Rohöl, Brenn- und Treibstoffe beispielsweise hat zur Folge, dass eine permanente Umverteilung der Wertschöpfung auch für den Kanton Basel-Landschaft in Richtung Saudi-Arabien stattfindet. Die bereits jetzt im Kanton bestehenden Fördermassnahmen für alternative Energieformen sind auch eine Form der Umverteilung. Es werden denjenigen Leuten Steuergelder gegeben, die bereit sind, in solche zukunftssträchtige Projekte selbst Geld zu investieren. Wird die Förderabgabe eingeführt, so produziert dies auch eine Umverteilung, welche einerseits bei denen spürbar wird, welche relativ viel elektrische Energie verbrauchen, und andererseits bei solchen, die den Mut haben, in Energieeffizienz und in alternative, CO₂-freie Energieformen zu investieren. – Ob denn diese letzte Art der Umverteilung so schlecht sei im Vergleich mit den anderen...

Dass er mit seiner Argumentation bei der SP oder den Grünen nicht durchdringen wird, ist **Thomas de Courten** (SVP) klar. Er wendet sich daher in erster Linie an die CVP [Heiterkeit], welche heute Vormittag betont habe, sie sei eine Wirtschaftspartei. Im Übrigen sei der Fluch an der Umverteilung der, dass das Geld nicht dort ankommt, wo es sollte, und ein Grossteil irgendwo versickere. – Glaubt die CVP tatsächlich, man sollte die Wirtschaft nun mit weiteren Abgaben, mit weiteren Steuern plagen? Dies tue man mit einer Förderabgabe. Und ob sie als Wirtschaftspartei tatsächlich der Meinung sei, dass der heute funktionierende Markt und der Wettbewerb in der Marktwirtschaft nicht mehr genügt, um das Ziel der Förderung der erneuerbaren Energien mit den bereits bestehenden Massnahmen zu erreichen. – Selbst Joschka Fischer habe in seinem gestrigen Referat in Liestal betont, er setze mehr auf die Marktkräfte als auf die staatliche Umverteilung... Trifft es zu, bohrt er weiter, dass die CVP der Wirtschaft nicht zutraue, die richtigen Entscheide zu treffen, wo sie in Zukunft investieren will? Braucht es dazu wirklich den Staat? Er hält den Staat nicht für qualifizierter, um in dem Wettbewerb die richtigen Entscheide zu fällen.

Möchte die CVP tatsächlich eine weitere Aufblähung der Bürokratie mit einem weiteren Umverteilungsmechanismus, mit weiteren administrativen Belastungen, Hürden, Abrechnungen, die zu Lasten der KMU-Wirtschaft gehen? Vor nicht allzu langer Zeit wurde vom Landrat ein – auch vom Volk abgesegnetes – Gesetz beschlossen, welches zum Ziel hatte, die Wirtschaft von weiteren administrativen Belastungen zu befreien. Nun würden neue eingeführt, ärgert er sich. Die Fördermittel, welche letztlich der Wirtschaft wieder zufließen sollten, würden zudem grossteils in der Verwaltung versickern. Die Position der CVP entspricht seiner Ansicht nach nicht der einer Wirtschaftspartei. [zustimmendes Klopfen von Seiten FDP und SVP]

Hannes Schweizer (SP) möchte seinem Vorredner in Bezug auf die 'unzumutbare Steuerbelastung' die Realität vor Augen halten. Voraussichtlich sei eine Strompreiserhöhung von etwa 6 % zu erwarten. Die Förderabgabe macht 1.2 % aus. Auf einen Zweizimmer-Haushalt umgerechnet, beträgt dies etwa 2.40 Franken, bei einem Hotel 750 Franken. Die gesamten kantonalen Bauten würden mit zusätzlichen 50'000 Franken belastet. Um das Ganze im Verhältnis zu sehen: Die Stromlieferantenbetriebe gewähren dem Kanton 440'000 Franken Rabatt (Jahr 2004). Um die Entwicklung in die richtige Richtung zu lenken, hat der Staat u.a. die Aufgabe, in diesen Bereichen die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen und Leitplanken festzulegen. Mit den geplanten Beiträgen, die in einer Grössenordnung von 3 Mio. ausfallen werden, können genau in den am Vormittag besprochenen zu fördernden Bereichen Anreizsysteme geschaffen werden. Hier von einem grossen Administrations- und Steueraufwand zu sprechen, sei etwas übertrieben.

Die **Landratspräsidentin** weist darauf hin, dass noch 7 SprecherInnen auf der Liste sind und dass eine namentliche Abstimmung verlangt wird.

Isaac Reber (Grüne) stellt voran, er werde wohl kaum die SVP überzeugen können. Zumindest der FDP möchte er aber ein paar Argumente mit auf den Weg geben, welche letztlich aus FDP-Kreisen selbst kommen. – Als FDP-Nationalrat Urs Schweizer nach Bern kam, habe er Folgendes gesagt: «Es ist schon sehr erstaunlich, wie wenig in diesem Land für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit getan wird.» (KMU-News, April 2007). Nun habe man heute zwar schon einiges erreicht, gibt Isaac Reber unumwunden zu, er hoffe aber, dass man noch einen Schritt weiter geht. Zudem dürfe nicht vergessen werden, dass lange Zeit zu wenig getan wurde. Dies hätten auch FDP-Leute erkannt und zum Ausdruck gebracht. Peter Malama als weiterer Vertreter der FDP etwa gelte, in seiner Funktion als Gewerbevertreter, als ein dezidiertes Befürworter der Förderabgabe. Einerseits wohl, weil dieses eine Prozent Förderabgabe für die Wirtschaft wohl kaum ins Gewicht fallen kann, andererseits aber auch – und das ist entscheidender –, weil es mit dieser Förderabgabe Wertschöpfung in der Region gibt, und zwar ganz ausdrücklich für kleine und mittlere Unternehmen. Daher spreche sich auch der Basler Gewerbeleiter ganz dezidiert für dieses System aus, welches gezielt dafür sorgt, dass man sich vernünftig verhält und dass das dazu benötigte Geld in der regionalen Wirtschaft bleibt. Isaac Reber appelliert an die FDP, mit einer Zustimmung zur Förderabgabe nicht zuletzt auch im Interesse der Wirtschaft ein Zeichen für die lokale Wertschöpfung zu setzen.

Elisabeth Schneider (CVP) bestätigt die Aussagen ihres Vorredners betreffend Peter Malama; wenn jemand wirtschaftsfreundlich sei, dann er. An der Solarpreisverleihung habe er ganz deutlich gesagt, dass jeder Franken, der aus einem solchen Fonds an ein KMU übertragen werden kann, ein Mehrfaches an volkswirtschaftlicher Wertschöpfung bringt. Wohlgermerkt, dies sagt der Gewerbeleiter von Basel-Stadt! Der Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts habe man im Übrigen auch als Wirtschaftspartei zugestimmt. In Bezug auf die Energieabgabe hält

sie Basel-Stadt für kein sehr gutes Beispiel. Denn dort werde aus dem Fonds einiges auch für die Verwaltung ausgegeben. U.a. würden aus dem Fonds auch Ausgaben in Form von Unterstützungen an Anti-AKW-Bewegungen getätigt; das sei nicht der richtige Weg. Sie appelliert an Regierungsrat Jörg Krähenbühl, dafür besorgt zu sein, dass der Fonds im Baselbiet richtig verwendet wird. Der Regierungsrat und Vorsteher der Bau- und Umweltschutzdirektion habe es in der Hand, die richtige Verwendung des Geldes sicherzustellen.

Noch ein Wort zur Regierung: Vor zweieinhalb Jahren, am 20. Januar 2005 stimmte der Landrat über ein Vorlage der Regierung ab. Und nun hat Letztere einfach ihre Meinung geändert. Drei der damaligen Regierungsräte sind nach wie vor im Amt. Sie hätte eigentlich erwartet, dass die Regierung der parlamentarischen Initiative zustimmt. Dieser Richtungswechsel der Exekutive innerhalb von zweieinhalb Jahren sei schwer verständlich.

In Bezug auf Thomas de Courtens Aussage, wer diese Initiative unterstütze belaste die Wirtschaft, erinnert **Eric Nussbaumer** (SP) daran, dass zur Zeit der Debatte über die Förderabgabe am 20. Januar 2005 der Ölpreis noch bei ungefähr 40 Franken pro 100 Liter lag, während er inzwischen auf 80 Franken pro 100 Liter angestiegen ist, Tendenz steigend. Nun frage sich, wer denn wirklich etwas für die Wirtschaft unternimmt in diesem Saal; diejenigen, die versuchen, durch sinnvolle staatliche Regulierung die Auslandsabhängigkeit zu reduzieren oder die anderen, welche dies alles als eine einzige Wirtschaftsbelastung einstufen, während sie gleichzeitig zuschauen, wie – aufgrund der starken Abhängigkeit von Energie-Importen – Milliarden ins Ausland verschenkt werden. Hier wünschte er sich eine etwas schärfere Reflexion.

Der Aussage der FDP, es werde nun mit der auf eidgenössischer Ebene beschlossenen Einspeisevergütung alles zum Guten gewendet, setzt er Folgendes entgegen: Durch die Preissteigerungen in der Schweiz gehen Milliarden ins Öl. In Bern wurden 320'000 Mio. Franken freigegeben. Pro Jahr wird einiges mehr bezahlt für Auslandsabhängigkeit als dafür, was in Bern momentan gefördert wird. Klammerbemerkung: Die in Bern beschlossenen Gelder betreffen nur die Stromproduktion. Wie aber bereits am Vormittag verschiedentlich betont wurde, kann im – auf Bundesebene nicht geregelten – Gebäudebereich vieles getan werden. Dies sei im Übrigen die von ihm an die Regierung gestellte Frage in der ersten Interpellation gewesen, und die Regierung habe ihre Unterstützung bezüglich weiterer Abgaben zugesagt. Die Herausforderung im Kanton bilde die Frage, was in den Bereichen Gebäude und Wärmeversorgung zusätzlich unternommen werden kann, wenn die vom Bund getroffene Regelung bezüglich Einspeisung von dezentral produziertem Strom so bleibt.

Das Instrument einer parlamentarischen Initiative eignet sich seines Erachtens ausgezeichnet für eine exakte Abstimmung auf die so genannte regierungsrätliche Energiestrategie. Die UEK ist in der Lage, nach Vorliegen dieser Energiestrategie auch zu prüfen, wie viele und wie die vorgesehenen Mittel zur Finanzierung der Massnahmen

und Erreichung der Energieziele eingesetzt werden sollen. Es sei einzigartig, dass das Parlament im Zeitpunkt, in dem die Energiestrategie des Regierungsrates vorliegt, auch gleichzeitig die Finanzierung klären kann. Eine Überweisung der Initiative an die Kommission empfehle sich daher sehr. Damit werde letztlich eine gleichzeitige Behandlung der Energiestrategie des Kantons und ihrer Finanzierungslösung durch das Parlament ermöglicht.

Klaus Kirchmayr (Grüne) bittet Thomas de Courten, erstens wieder einmal die Bilanzen und Erfolgsrechnungen unserer Unternehmen anzuschauen – für ihn selbst beruflich sozusagen tägliches Brot. Die Stromkosten bewegen sich allenfalls im Promillebereich. Rede man nun davon, diese um ein Prozent zu erhöhen, so könne man sich ausrechnen, was bei einem Prozent von einem Promille noch übrig bleibt...

Zweitens hat er sich die Mühe gemacht, im Landesindex der Konsumentenpreise die Gewichtung der Stromkosten nachzuschauen; sie beträgt 1,87 %, was ungefähr der Gewichtung von Wein und Schnaps entspricht. Will man nun behaupten, ein Prozent mehr würde die Wirtschaft belasten, so habe man gewisse Proportionen verloren.

Madeleine Göschke (Grüne) hofft, dass Thomas de Courten auch Joschka Fischers Aussagen zum Thema Förderabgabe gehört hat. In Deutschland, welches schon längere Erfahrung damit hat, habe genau diese – im Vorfeld stark kritisierte – Massnahme die Erwartungen bei Weitem übertroffen und einen unglaublichen Innovationschub ausgelöst. Das Mehr an Arbeit und Wertschöpfung war für die Wirtschaft nur positiv.

Thomas de Courten (SVP) stellt klar, der 'heilige Joschka' sei nicht sein Papst [Heiterkeit]. Elisabeth Schneiders ausgerechnete Erwähnung von Peter Malama findet er etwas eigenartig. Denn dieser habe mit der Einführung der Energieabgabe im Kanton Basel-Stadt überhaupt nichts zu tun gehabt, wenn, dann sei sie von Herrn Eymann eingeführt worden. 'Gspässig' findet er auch die Aussage, die Wirtschaft habe sich dafür ausgesprochen, denn die Wirtschaftskammer beider Basel sei nicht zum Thema befragt worden und halte im Übrigen gar nichts von der Förderabgabe. Zudem dürfte man auch noch den Baselbieter Gewerbedirektor Hans Rudolf Gysin nach seiner Meinung zur Förderabgabe fragen... Tatsache sei, dass es nie gut rauskomme, wenn der Staat in die Marktmechanismen eingreife; das sei jedem Ökonomen klar. Von Hannes Schweizer möchte er wissen, ob er neben den Kosten für den einzelnen Haushalt auch die Verwaltungskosten ausgerechnet habe. Denn, zählt er auf, es müssen Abrechnungen erstellt, die Konten geführt, das Geld eingezogen und möglicherweise verwaltet werden, jemand muss das Geld verteilen und Abrechnungen erstellen, Bewilligungen ausstellen, Rechnungen kontrollieren etc... Die Verwaltung des Geldes koste mindestens zwei Millionen. Das Geld soll in der Wirtschaft bleiben, dort sei es am besten investiert.

Hanspeter Frey (FDP) argumentiert, auch die Förderabgabe belaste, ebenso wie die Energieeinspeisung des Bundes, nur den Strom und keine anderen Energien. Man

sei in keiner Weise gegen das Gewerbe eingestellt, wie Isaac Reber glauben machen wolle. Man habe sich immer für separate Vorlagen eingesetzt, solche seien auch überwiesen worden. Bereits am Vormittag habe man sich betont für Energieeffizienz und für erneuerbare Energien ausgesprochen, allerdings wehrt man sich gegen die Schaffung von 'Kässeli', aus denen irgend etwas verteilt werden soll. Eine ziel- und bedarfsgerechte Energieförderung wird unterstützt, was letztlich auch der Wirtschaft und dem Kleingewerbe diene. Diese wissen wohl, wie das Geld ein- und umzusetzen ist. Man möchte nicht, dass das Geld letztendlich irgendwo verwaltet werden muss. Elisabeth Schneider habe es erwähnt, in Basel-Stadt werde offenbar Geld rausgeworfen, weil man zu viel davon hat und der Topf überläuft. Er bittet um Ablehnung der Initiative.

Karl Willmann (SVP) meint angesichts dieser weiteren Abgabe, die zudem von Hannes Schweizer als minimale Abgabe dargestellt werde, die Fantasie der Linken und des Fiskus, leider auch der CVP sei in letzter Zeit grenzenlos, wenn es darum gehe, Bürger und Firmen zu schröpfen. Es gehe auf keine Kuhhaut, was man dem Bürger nicht alles an Beträgen aus der Tasche ziehe, poltert er. MFK, Abfallgebühren werden erhöht, CO₂-Abgabe, Klimarappen, Benzinsteuern, LSVA, jetzt auch Strom. Genau gegen diese Flut von neuen Steuern und verdeckten Abgaben wehre sich die SVP zum Wohl des Mittelstandes.

Keine weiteren Wortbegehren

://: Der Landrat stimmt mit 41 Ja-Stimmen : 38 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung der Überweisung der parlamentarischen Initiative Förderabgabe auf Strombezug (2007/076) an die UEK zu.

Ja-Stimmen

Ackermann Walter, Amacker Kathrin, Augstburger Elisabeth, Bachmann Rita, Birkhäuser Kaspar, Brassel Ruedi, Bühler Thomas, Chappuis Eva, Corvini Ivo, Degen Jürg, Frommherz Christoph, Fuchs Beatrice, Gorrengourt Christine, Göschke Madeleine, Grossenbacher Stephan, Halder Ueli, Helfenstein Andreas, Hintermann Urs, Huggel Hanni, Jäggi Ursula, Joset Marc, Kirchmayr Klaus, Maag Esther, Meschberger Regula, Münger Daniel, Nussbaumer Eric, Reber Isaac, Rebsamen Brigitta, Rüegg Martin, Schmied Elsbeth, Schneider Elisabeth, Schoch Philipp, Schweizer Hannes, Schweizer Kathrin, Steiner Christian, Trinkler Simon, Vögelin Rosmarie, von Bidder Urs, Wiedemann Jürg, Wyss Claudio, Ziegler Röbi

Nein-Stimmen

Anderegg Romy, Brodbeck Peter, Brunner Rosmarie, Buser Christoph, Ceccarelli Daniele, de Courten Thomas, Frey Hanspeter, Fünfschilling Bea, Gaugler Daniela, Gerber Fredy, Gutzwiller Eva, Hasler Gerhard, Hess Urs, Holinger Peter, Hollinger Marianne, Imber Siro, Jordi Paul, Mangold Christine, Oestreicher Christa, Piatti Aldo, Richterich Rolf, Ringgenberg Hans Jürgen, Ryser Hanspeter, Schäfli Patrick, Schenk Dieter, Schmidt Petra, Schneeberger Daniela, Schneider Dominik, Schulte Thomas,

Straumann Dominik, Thüring Georges, Van der Merwe Judith, Wenger Paul, Wenk Daniel, Willimann Karl, Wirz Hansruedi, Wullschleger Hanspeter, Wüthrich Ernst

Enthaltung

Berger Urs

Landratspräsidentin Esther Maag (Grüne) schliesst die Sitzung um 16.55 Uhr, bedankt sich für die zügige Debatte und teilt mit, dass die Ratskonferenz gleich anschliessend stattfindet.

Für das Protokoll:

Brigitta Laube, Landeskanzlei

*

Die nächste Landratssitzung findet statt am

15. November 2007

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

die Präsidentin:

der Landschreiber: